

## Wortprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung**

14. Sitzung  
28. November 2022

Beginn: 09.05 Uhr  
Schluss: 12.13 Uhr  
Vorsitz: Frau Abg. Ahmadi (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Besondere Vorkommnisse**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung  
von Berlin  
Drucksache 19/0449  
**„Demokratie für alle“**

[0044](#)  
InnSichO

Hierzu: Auswertung der Anhörung der Vertrauens-  
personen nach Art. 61 Absatz 1 Satz 3 der Verfassung  
von Berlin i.V.m. § 9 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über  
Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid vom  
14. November 2022

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Ich rufe auf

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0064](#)  
**Aktuelle Aufstellung des Landes Berlin bei den  
Strukturen des Katastrophenschutzes und der  
Kritischen Infrastruktur (KRITIS)**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) InnSichO
- b) Antrag der Fraktion der FDP [0035](#)  
Drucksache 19/0328 InnSichO  
**Laufender Bevölkerungsschutzbericht des Landes  
Berlin**
- c) Antrag der Fraktion der FDP [0036](#)  
Drucksache 19/0348 InnSichO  
**Wissen ist Schutz – Erste-Hilfe- und  
Katastrophenschutz-Schulungen in die Schulen** BildJugFam(f)
- d) Antrag der Fraktion der FDP [0039](#)  
Drucksache 19/0405 InnSichO  
**Katastrophenschutz-Leuchttürme (Kat-L) auf  
Katastrophenlagen vorbereiten**
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0050](#)  
**Vorbereitung der Polizei Berlin für Blackout-  
Situationen im kommenden Herbst und Winter**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU) InnSichO
- f) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0058](#)  
**Wie hoch ist das tatsächliche Ausfallrisiko des  
Stromnetzes im Land Berlin und welche  
Auswirkungen hätte ein flächendeckender und  
länger andauernder Stromausfall (Blackout) auf die  
öffentliche Sicherheit und Ordnung?**  
(auf Antrag der AfD-Fraktion) InnSichO

Der Tagesordnungspunkt 3 e wurde in der zehnten Sitzung am 19. September 2022 vertagt. – Zu Punkt 3 c begrüßen wir digital Frau Jana Schlösser von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und zu Punkt 3 f Herrn Jens Koriath und Herrn Paßmann von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Wir hatten im Umlaufverfahren auch Einvernehmen hergestellt, dass jemand von Stromnetz Berlin anwesend sein würde, der dann aber leider kurzfristig abgesagt hat. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen bei uns! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt und im Nachgang eine Aufzeichnung abrufbar sein wird. Ich darf hierzu

feststellen, dass Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Das ist der Fall.

Wird die Anfertigung eines Wortprotokolls vom Ausschuss gewünscht? – Ja. Dann machen wir das auch. Jetzt kommen wir zu den Begründungen. Gibt es Wortmeldungen von den Koalitionsfraktionen zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 a? – Herr Franco, Sie haben das Wort!

**Vasili Franco (GRÜNE):** Vielen Dank! – Wir besprechen heute mal mit wirklich viel Zeit – und das ist auch richtig so – das wichtige Thema des Katastrophenschutzes und des Schutzes der kritischen Infrastrukturen. Ich glaube, die Krisen der letzten Jahre zeigen uns eindeutig, dass wir den Katastrophenschutz noch wichtiger nehmen müssen als bisher. Wir haben unser Katastrophenschutzgesetz bereits in der letzten Legislaturperiode überarbeitet und damit dafür gesorgt, dass die beteiligten Akteure, auch die kritischen Infrastrukturen und die Sicherheitsbehörden, zusammen an einen Tisch kommen und sich dort lageangepasst auf Situationen vorbereiten können, damit sie die Krisen gut meistern.

Wir als Koalitionsfraktionen haben diesen Tagesordnungspunkt in den letzten Monaten immer wieder hier im Innenausschuss aufgerufen, um die laufende Situation parlamentarisch zu begleiten und gemeinsam mit der Innenverwaltung dafür Sorge zu tragen, dass die kritischen Infrastrukturen in dieser Stadt geschützt werden können. Wir diskutieren auch über ein Lagebild, das die Innenverwaltung mit Polizei und Feuerwehr erstellt hat, um für jede Situation gewappnet zu sein. Uns allen steht ein harter Winter bevor; das ist, glaube ich allen bekannt. Wir glauben, wir sind dafür gut gerüstet, aber letztendlich gilt gerade für die Sicherheitsbehörden und die kritische Infrastruktur, dass man immer für den Worst Case gerüstet sein muss. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns heute die Zeit nehmen, uns dem Thema vertieft zu widmen, denn auch ich glaube, dass wir durchaus noch Luft nach oben haben, um unsere Strukturen noch resilienter gegen Krisen jeder Art zu machen und dafür zu sorgen, dass alle Berlinerinnen gut durch den Winter kommen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Franco! – Zur Begründung der Anträge unter den Punkten 3 b, c und d durch die Fraktion der FDP Herr Jotzo, bitte!

**Björn Matthias Jotzo (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren! Das Thema Katastrophenschutz ist eines – und ich glaube, da sind wir uns hier im Hause alle einig –, das wir alle in den letzten Jahrzehnten leider in einem Maß aus den Augen verloren haben, bei dem man auch selbstkritisch sagen muss – und ich freue mich, dass die Koalitionsfraktionen diese Einschätzung teilen –, dass es dort Handlungsbedarf gibt. Dass es dort Handlungsbedarf gibt, haben wir allerdings schon zu Beginn dieser Legislaturperiode festgestellt. Dieser Handlungsbedarf fängt ganz früh an. Er fängt schon da an, wo es um die Selbsthilfefähigkeit unserer Gesellschaft geht; er geht dort weiter, wo es darum geht, wie wir im Bevölkerungsschutz wirksam und vorsorgend tätig werden können. Das gilt einmal für den Brandschutz, das gilt aber auch für größere Katastrophenlagen, und es gilt, wie wir leider sehen mussten, auch für den Verteidigungsfall, der nicht ganz so unwahrscheinlich ist, wie wir das jahrzehntelang gedacht haben.

Das sind alles Szenarien, auf die wir uns vorbereiten müssen. Da teile ich die Einschätzung die Sie, Herr Franco, hier geäußert haben, nicht, dass der Senat auf diese Lagen so vorbereitet

ist, wie es eigentlich erforderlich wäre. Ich habe auch, möglicherweise anders als Sie, die Lageeinschätzung des Senats zu diesem Thema nicht gesehen. Wir als FDP-Fraktion hatten angeregt, dass den Fraktionen zumindest im Datenraum die Möglichkeit gegeben wird, in die entsprechenden Konzepte des Senats Einsicht zu nehmen. Das ist leider bisher nicht geschehen, möglicherweise kann das jetzt zeitnah nachgeholt werden.

Die FDP-Fraktion hat aber mehrere wichtige Anträge zur heutigen Sitzung eingebracht. Diese Anträge sind aus meiner Sicht durchaus konsensfähig; wir werden gleich sehen, wie die Koalition sich dazu verhält. Der erste wichtige Antrag betrifft den laufenden Bevölkerungsschutzbericht des Landes Berlin. Es ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit, dass das Land Berlin ständig und regelmäßig seine Vorsorge und seine Maßnahmen im Bereich Bevölkerungsschutz überprüft und das dem Abgeordnetenhaus jährlich in einem entsprechenden laufenden Bevölkerungsschutzbericht vorlegt. Dann könnten wir nämlich sehen, was geschehen ist, was noch geschehen muss, und wir könnten beispielsweise als Haushaltsgesetzgeber die entsprechenden Schritte einleiten. Denn ich habe den Eindruck, dass die Anforderungen des Katastrophenschutzes und des Bevölkerungsschutzes insgesamt noch nicht ganz dort angekommen sind, wo sie eigentlich hingehören, nämlich im Hauptausschuss. Mich interessiert, was die Senatorin zu diesem Punkt nachher beizutragen hat.

Der zweite wichtige Aspekt, ich hatte es schon angesprochen, ist der Selbstschutz. Der Selbstschutz ist in unserer Bevölkerung eigentlich einer der wichtigsten Punkte, die dazu beitragen können, dass wir unsere Anstrengungen im Katastrophenschutz auf das wirklich Erforderliche beschränken, denn eine Bevölkerung, die sich selbst schützt, ist eine resiliente Bevölkerung. Das ist momentan nicht im hinreichenden Maße gegeben; wir wissen alle, dass die letzten Jahrzehnte dazu geführt haben, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung – wie kann ich mich selbst schützen? Was kann ich im Katastrophen- oder Notfall tun? – stark zurückgegangen ist. Das fängt schon mit der Ausstattung einer Hausapotheke an, aber das sind alles Dinge, die vermittelt werden müssen. Deswegen dieser Antrag der FDP-Fraktion, möglichst früh, nämlich in den Schulen und Berufsschulen, darauf aufmerksam zu machen, welche Vorkehrungen jeder einzelne treffen kann, um sich selbst zu schützen, um dazu beizutragen, dass unsere Notdienste entlastet werden. Wissen ist Schutz – Erste-Hilfe- und Katastrophenschutzschulungen in die Schulen! Das ist ganz wichtig, und es gibt dazu übrigens schon ein hervorragendes Projekt in Lichtenberg, wo das beispielhaft umgesetzt wurde. Das müsste man „nur“ auf die anderen Bezirke ausrollen.

Der dritte wichtige Antrag der FDP-Fraktion ist, die Katastrophenschutz-Leuchttürme tatsächlich auf Katastrophenlagen vorzubereiten. Wir hatten das Thema vor einigen Wochen schon hier im Innenausschuss, damals habe ich Herrn Staatssekretär Akmann darauf angesprochen. Wir haben das Problem, das haben wir im Sommer gesehen, dass die Katastrophenschutz-Leuchttürme teilweise selbst nicht in der Lage sind, in einem Katastrophenfall fortgesetzt tätig zu sein. Das liegt vor allen Dingen an einer mangelnden Energieversorgung, es lag aber auch daran, dass die Bezirke nicht in der Lage waren, die gelieferten Materialien überhaupt einzusetzen. Einige Dinge sind seitdem besser geworden, aber nicht viele. Leider ist es so, dass die Einsatzfähigkeit der Kat-L immer noch nicht überall und durchgehend vernünftig gegeben ist. Da gibt es einige Dinge, über die wir heute im Rahmen dieser Debatte noch sprechen müssen.

Wie gesagt: Es ist zwar Wahlkampfzeit, das hat man hier deutlich gemerkt aus den Koalitionsfraktionen, aber ich will Ihnen diese drei Anträge außerhalb des Wahlkampfes – sie sind ja inzwischen schon ein halbes Jahr alt – zur Verfügung stellen und Sie bitten, sie konstruktiv zu prüfen, damit wir im Bevölkerungsschutz, in diesem Innenausschuss und im Land Berlin vorkommen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Jotzo! – Gibt es zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 e eine Wortmeldung von der CDU-Fraktion?

**Alexander Herrmann (CDU):** Mit Blick auf die Uhr: Die Punkte, die wichtig sind, sind gesagt. Wir teilen die Einschätzung des Kollegen Jotzo, dass es bei dem Thema noch vieles gibt, was nicht angegangen wurde. Das Loblied, das eben von der Koalition gesungen wurde, trifft so nicht zu. Wir haben dazu schon in der letzten Plenarsitzung ausgeführt, und ich glaube, wir sollten jetzt eher in die Debatte kommen, sonst ist die ganze Zeit mit Volksreden weg. Wir brauchen Lösungen, wir müssen die Missstände angehen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Herrmann, auch dafür, dass Sie sich kurzgefasst haben! – Zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 3 f durch die Fraktion der AfD Herr Woldeit, bitte! Sie haben das Wort.

**Karsten Woldeit (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich versuche auch, es kurz zu halten, weil der Beratungsbedarf in der Tat hoch ist. – Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass ich für meine Fraktion noch mal darlege, warum es uns am Herzen liegt, gerade für den theoretischen Fall eines Blackouts zu beraten. Ich habe mich in den letzten Wochen mit meinen Kollegen zusammengesetzt und die fachpolitischen Bereiche abgeklopft, die von einem Blackout besonders betroffen wären. Das betrifft die Durchhaltefähigkeit von Feuerwehr und Polizei, das betrifft die Krankenhäuser, das betrifft im Bereich Justiz die Gefängnisse, das betrifft den Katastrophenschutz. Wenn ich mir die Antworten dazu zu Gemüte führe, stelle ich fest, dass es mitunter eine Durchhaltefähigkeit von maximal 50 oder 100 Stunden bei den Justizvollzugsanstalten gibt. Es ist nachvollziehbar, dass aufgrund von VS-Einstufungen relativ wenige Aussagen zur Durchhaltefähigkeit von Feuerwehr und Polizei gemacht werden. Im Rahmen des Katastrophenschutzes laufen Vorbereitungen, aber es ist noch nichts wirklich abgeschlossen; es wird geplant, geplant, geplant. Das habe ich letzte Woche erfahren.

Herr Kollege Jotzo, das ist nicht erst seit Beginn der jetzigen Wahlperiode so, das war bereits in der letzten Wahlperiode großes Thema, insbesondere nach dem Blackout in Treptow-Köpenick. Ich habe damals eine Anfragenserie geschrieben „Katastrophenschutz in Berlin“, Teil I bis III, wir haben hier darüber beraten. Der Senat hat auch festgestellt, dass es in der Tat Defizite gibt, nicht nur bei den Sirenenanlagen, die, meinem Antrag folgend, jetzt sukzessive aufgebaut werden. Es mangelt an vielen Ecken und Enden. Ich mag mir nicht ausmalen, was für Konsequenzen es hätte, wenn wir wirklich einen flächendeckenden länger anhaltenden Blackout hätten. Die Stadt Köln beispielsweise bereitet sich, wie ich den Medien entnommen habe, mit verschiedenen Katastrophenszenarien auf einen 72-Stunden-Blackout vor. Wenn die Stadt Köln das macht – und Staatssekretär Akmann hat ja schon betont, dass hier auch bestehende Konzepte überarbeitet und neue Konzepte entwickelt werden; das ist gut, das ist wichtig, das unterstütze ich auch –, dann müssen wir darüber reden: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit als solche? – Deswegen hätte ich mir auch gewünscht, dass wir heute eine Sachverständigenanhörung mit sachkundigen Menschen aus dem Bereich der Netzbetreiber, aus dem Bereich der Wirtschafts- und Energiebetriebe und so weiter gehabt hätten. Trotzdem ist es gut, dass wir – hoffentlich – Sachverstand aus der Senatsverwaltung haben. Nichtsdestotrotz hätte ich eine richtige Sachverständigenanhörung für wichtig und richtig erachtet.

Ganz kurz zu den Anträgen der FDP: Ich habe sie alle gelesen und halte sie durchweg auch für vernünftig. Sie haben den Punkt des Engagements in Lichtenberg angesprochen. Das hat meine Fraktion unterstützt.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Herr Woldeit! Wir sind noch nicht in der Aussprache, sondern bei der Begründung Ihres Besprechungspunkts!

**Karsten Woldeit (AfD):** Nichtsdestotrotz kann ich gleich schon sagen, dass Ihre Anträge unsere Unterstützung finden werden. – Vielen Dank, Frau Vorsitzende!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank! – Wird es vom Senat eine einleitende Stellungnahme geben? – Frau Spranger, bitte!

**Senatorin Iris Spranger (SenInnDS):** Herzlichen Dank! – Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben schon gemerkt, dass nicht nur meine Senatsverwaltung hier sitzt, sondern selbstverständlich auch die Bildungsverwaltung und die Wirtschaftsverwaltung, weil einzelne Teilfragen aus den Anträgen, die Sie ja richtigerweise hier formuliert haben, von diesen Verwaltungen entsprechend beantwortet werden. Es ist natürlich so, dass nicht erst, seitdem es die Thematik des Russland-Ukraine-Kriegs und die Energieversorgungskrise gibt, das Thema Bevölkerungsschutz wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist, und nicht erst seitdem beschäftigt sich die Innenverwaltung mit der Situation – das ist ja schon angedeutet worden –, sondern natürlich gab es auch schon in der letzten Legislatur intensiv, was den Katastrophenschutz betrifft, entsprechende Vorschläge und Vornahmen.

Mein Haus hat die Bezirke, Senatsverwaltungen und nachgeordneten Behörden hinsichtlich der bevölkerungsschutzrelevanten Auswirkungen möglicher Szenarien nicht nur sensibilisiert, sondern diesbezüglich die Bemühungen fortgesetzt. Es gibt seit Anfang November Abfragen bei allen Katastrophenschutzbeauftragten der Senatsverwaltungen und der Bezirke, wie der Stand der Maßnahmenplanung und der Vorhaltung von Krisenmanagementstrukturen aussieht. Die Auswertung ist in den letzten Zügen, und ich kann hier nur anregen, da uns das mit

Sicherheit auch im nächsten Jahr beschäftigt, hier auch mal eine entsprechende Anhörung zu machen; aber das entscheidet natürlich der Ausschuss. Im Rahmen der Umsetzung des Katastrophenschutzgesetzes, welches ja im letzten Jahr in Kraft getreten ist, haben wir viele Themen vorangebracht. Wir haben einen Leitfaden Katastrophenschutz, Musterkatastrophenschutzplan für das Land Berlin. Wir haben die Erarbeitung der Ausführungsvorschriften für das neue Katastrophenschutzgesetz für ein koordiniertes und effizientes Krisenmanagement im Land Berlin, das heißt also Handlungssicherheit für alle Akteure im Katastrophenschutz: Senat, Bezirke, Polizei und Feuerwehr sowie zahlreiche andere Mitwirkende im Katastrophenschutz, insbesondere die privaten Hilfsorganisationen. Wir haben die Fortschreibung der ressortübergreifenden Gefährdungsabschätzung, und wir werden die Verordnung über den Katastrophenschutzdienst überarbeiten und selbstverständlich an die gegenwärtigen Herausforderungen anpassen.

Die Zusammenarbeit, auch das geht aus den Anträgen hervor, mit den wichtigsten Betreibern der kritischen Infrastrukturen wurde sehr klar intensiviert, und es finden regelmäßig Sitzungen des Arbeitskreises kritische Infrastruktur statt. An den Sitzungen nehmen regelmäßig die BSR, die Bundesdruckerei, die BVG, die BWB, 50Hertz, die Deutsche Bahn AG, die Deutsche Bahn Nordost, die Deutsche Telekom AG, die IHK Berlin, der Flughafen Berlin-Brandenburg, Vodafone, die Landesbank Berlin, die NBB-Netzgesellschaft, die GASAG, die KKI-Gesellschaft, die RWE-Gruppe, Stromnetz Berlin, die Messe Berlin, Vattenfall Europe, Vivantes und die Charité teil. Es war mir jetzt wichtig, dass Sie das mal in der Gesamtheit hören.

Mit dem Projekt Lagebild Berlin, das bei mir im Haus erstellt worden ist und über das ich ständig im Senat berichtet habe, haben wir bundesweit führend ein operatives web- und geodatenbasiertes Tool zur Lagebewältigung entwickelt und eingesetzt, das derzeit im Probebetrieb sowohl von Polizei und Feuerwehr als auch beteiligten KRITIS genutzt wird. Dabei bringen wir unser Wissen und unsere Erfahrung aus dem ersten gemeinsamen Projekt des gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz auf Bundesländerebene zur Entwicklung eines digitalen Lagebilds für die Bund-Länder-Zusammenarbeit ein. Wir unterstützen die Bezirke dabei, Anlaufstellen für die Bevölkerung – auch das geht ja aus den Anträgen hervor – in den Bezirken als lokale Informations- und Koordinierungsstellen einzurichten, das sind die sogenannten Katastrophenschutz-Leuchttürme, beispielsweise für den Fall langanhaltender großflächiger Stromausfälle – was nachher die Wirtschaftsverwaltung alles auch noch mal darstellen wird –, denn das, was in Köpenick passiert ist, gilt es klar zu verhindern, und das wird auch verhindert.

Im Bereich des Zivilschutzes, für den, das wissen Sie, der Bund zuständig ist, will ich auch einige Punkte nennen, die bereits vorangebracht wurden: Mit Blick auf die Umsetzung der Konzeption zivile Verteidigung, Herr Jotzo hat es angesprochen, hat sich der Bund verpflichtet, die Zusammenarbeit mit den Ländern zu verbessern und die Umsetzung voranzutreiben. Von den 20 vorgesehenen Rahmenkonzepten hat der Bund erst sechs fertiggestellt. Die Länder haben sich mit dem Bund verständigt, im Rahmen der Priorisierung zunächst die Konzepte Evakuierung, Führung und Steuerung sowie das Thema Notstromversorgung voranzubringen. Das Land Berlin hat seit April den Aufbau eines Netzes von Sirenen in Angriff genommen. Das läuft nicht so, wie ich mir das vorstelle, sage ich hier ganz offen. Es gibt jetzt auch einen Termin mit dem Betreiber und mir, denn die Feuerwehr hat ja dort die Konzeption und den Vertrag mit dem Betreiber gemacht. Der Aufbau der 400 Sirenen in Verbindung mit der

BIM – es geht um die Statik – läuft bis jetzt nicht so, wie ich mir das vorstelle, aber auch das werden wir hinbekommen. Wir sind dort in einem sehr engen Austausch, weil auch der Bund die Anbindung an das bundesweite Warnsystem wahrscheinlich erst 2024 tatsächlich so umsetzen kann, wie wir uns das vorstellen.

Im Themenbereich Schutzbau – auch das ist ja Teil einer Fragestellung – hat mein Haus eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bauverwaltung, der Verkehrsverwaltung, der BVG sowie der BIM eingerichtet. Die Koalition wird sich, und das sieht man auch an dem Antrag, weiter dem Bevölkerungsschutz widmen. Wir werden Strategien zum Umgang mit Szenarien von Katastrophen und Großschadensereignissen selbstverständlich miteinander besprechen und die auch in Berlin einsetzen.

Auch auf Bund-Länder-Ebene wird intensiv gearbeitet, ich habe es eben schon angedeutet. Mit dem Thema „Lernen aus der Krise“ hat die Innenministerkonferenz das Thema Krisenmanagement umfassend aufgearbeitet und die Erkenntnisse aus der Bewältigung der Coronapandemie ausgewertet. In einem umfassenden Beteiligungsprozess wurden alle weiteren für Themen des Bevölkerungsschutzes zuständigen Ressorts eingebunden. Der zweite Bericht zu dem Thema wurde bei der IMK im Sommer verabschiedet und im Nachgang den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten zugeleitet. Nun werden wir das natürlich – und das wird mit Sicherheit auch Thema auf der Innenministerkonferenz in dieser Woche sein – entsprechend koordinieren und begleiten. Der Bund und die Länder haben im Juni 2022 das gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz gegründet. Es wird jetzt nach und nach personell ausgestattet und widmet sich erfolgreich den ersten Projekten wie der Entwicklung eines digitalen Lagebildes, so wie wir das in Berlin schon vormachen. Da sind wir nicht nur Vorreiter, sondern auch Vorbild.

Mit Blick auf die kritische Infrastruktur – dazu habe ich schon einiges ausgeführt – haben wir im Land Berlin ein Netzwerk aufgebaut und stehen in regelmäßigem Austausch. Mein Haus misst dem Schutz der kritischen Infrastruktur eine sehr hohe Bedeutung bei. Ich werde im ersten Quartal 2023 eine Koordinierungsstelle kritische Infrastruktur in meinem Haus einrichten und damit die erforderliche Grundlage dafür schaffen, die strategischen und sektorenübergreifenden Aspekte des KRITIS-Schutzes zu bündeln. Zum Schutz der kritischen Infrastruktur vor Cyberangriffen – auch das ja jetzt neu, aber ein enormes Thema – hat mein Haus in Kooperation mit dem Digital Society Institute ein Projekt zur Stärkung der Cybersicherheit in kritischen Infrastrukturen durchgeführt. Auch hier werden wir entsprechende Handlungsempfehlungen für Berliner Unternehmen herausarbeiten, auch für die Behörden.

Einiges möchte ich jetzt noch nicht sagen; vielleicht im Laufe der Zeit. Ich habe jetzt erst mal die ersten Sachen ein bisschen übergreifend gesagt, und wir kommen ja jetzt in die Diskussion. Aber eine entsprechende Anhörung würde auch von meiner Seite sehr befürwortet werden. – Das vielleicht erst mal zum Einstieg.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank! – Ich sehe keine weitere Wortmeldung aus dem Senat. Ich eröffne die Aussprache, hierzu haben wir bereits Wortmeldungen. Für die AfD-Fraktion Herr Vallendar – Sie haben das Wort!

**Marc Vallendar (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Wir haben zwei Punkte bei der Frage der Krisenvorsorge besonders zu be-



leuchten. Das eine ist natürlich die Netzsicherheit und die Energiesicherheit, also die Frage: Ist genug Strom vorhanden? Wie wahrscheinlich ist das Szenario, dass es tatsächlich zu Stromausfällen kommt? – Mir hat bei der einleitenden Betrachtung der Senatorin ein wenig der Bezug auf die Ergebnisse der Bundesregierung gefehlt, insbesondere auch auf die Sonderanalyse der vier Übertragungsnetzbetreiber vom September 2022, die ja nun den zweiten Stresstest zum Stromnetz vorgelegt haben und dort zu unterschiedlichsten Ergebnissen gekommen sind. Dort heißt es:

In allen drei betrachteten Szenarien zeigt sich die Versorgungssituation im kommenden Winterhalbjahr äußerst angespannt – in Europa kann im Strommarkt die Last nicht vollständig gedeckt werden. In den beiden kritischeren Szenarien ... treten in einigen Stunden Lastunterdeckungen auch in Deutschland auf.

In dieser großen Analyse wird auch noch mal geprüft, inwiefern die drei weiterlaufenden Atomkraftwerke in der Lage sind, die Stromunterdeckung zu decken, und das Ergebnis ist eher verhalten. Man geht stark davon aus, dass man die Netzengpässe mit Kraftwerken aus dem Ausland decken muss, aber die Versorgungslage ist in ganz Europa, unter anderem in der Folge von Dürre, Niedrigwasser und den Problemen bei den französischen Atomkraftwerken angespannt, und es ist daher unsicher, ob diese Kraftwerksleistung von den europäischen Partnern tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Insofern rechnet dieser Stresstest damit, dass wir uns im Januar, Februar doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zumindest auf kurze Stromausfälle, vielleicht aber auch längerfristige einstellen dürfen. Mir ist schon klar, dass der Berliner Senat nicht für die Wirtschafts- und Energieversorgungspolitik verantwortlich ist, sondern dass Robert Habeck im Bundeswirtschaftsministerium dafür die Hauptverantwortung trägt, aber natürlich hat Berlin den Verantwortungsbereich: Wie sind die eigenen Landesbehörden und auch das Land Berlin auf den Krisenfall vorbereitet? – Da muss ich doch sagen, dass unsere parlamentarischen Anfragen, die wir in den letzten Monaten in diesem Bereich gestellt haben, zumindest erwarten lassen, dass es dort Nachbesserungsbedarf gibt. Ich möchte auf ein paar Beispielpunkte eingehen und gleichzeitig Fragen dazu stellen.

Das eine ist das Problem der fehlenden Dieseldpots, insbesondere bei der Berliner Feuerwehr. Da stellt sich mir die Frage, inwiefern der Senat jetzt noch in diesem Bereich nachsteuern kann. Auch die Frage der Berliner Tankstellen: Soweit ich informiert bin, gibt es nur zwei Tankstellen in Berlin, die überhaupt in der Lage wären, bei einem Stromausfall weiterhin Treibstoff auszugeben. Was unternimmt der Berliner Senat gegen diesen Zustand? Ich glaube, früher, im Kalten Krieg oder noch davor, gab es Verpflichtungen der Tankstellenbetreiber, selbst Generatoren zu haben, damit die Tankstellen auch weiterhin betrieben werden können. Also was kann der Berliner Senat in diesem Bereich eigentlich an Vorsorge betreiben?

Die andere Frage ist die der Trinkwasserversorgung. Da haben wir diese Notwasserbrunnen, jeder in Berlin kennt sie. Wenn man mit einigermaßen offenen Augen durch seinen Kiez läuft, dann sieht man ja hin und wieder diese klassischen Trinkwasserbrunnen, die im Notfall auch die Trinkwasserversorgung sicherstellen können. Allerdings sind von diesen 2 079 Notwasserbrunnen derzeit nur 1 614 funktionstüchtig. Da ist natürlich meine Frage, welche Maßnahmen der Berliner Senat jetzt in dem Bereich unternimmt, um die Notwasserbrunnenversorgung in Berlin noch besser zu gewährleisten.

Eine andere Frage, die ich noch habe, ist die nach der Dieselsversorgung der JVA's in Berlin. Die Senatsverwaltung für Justiz hat im Prinzip geantwortet, dass man bei längerfristigen Stromausfällen mit einer Versorgung von außen rechnet. Da stelle ich die Frage an die Innenministerin: Ist die Innenministerin darauf vorbereitet, dass die Berliner Polizei oder andere Einsatzkräfte, THW oder wer auch immer dann vorhanden ist, oder die Feuerwehr, die selber keinen Diesel mehr hat, dann den Gefängnissen den Treibstoff liefert, oder wie ist die Krisensicherung in diesem Fall gewährleistet? – Das wären erst mal meine Fragen. Vielen herzlichen Dank!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Vallendar! – Wir haben jetzt noch drei weitere Personen auf der Redeliste. Der Senat hat gewünscht, dass wir nicht so viele aufnehmen, damit er alle Fragen beantworten kann, sodass ich erst mal die drei Personen, die auf der Liste stehen, drannehme, und dann machen wir noch eine weitere Runde. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen darum bitten: Wir wollen ja so viele Fragen wie möglich heute beantwortet wissen und wollen natürlich auch Chancengleichheit und dass alle ihre Fragen stellen können. Daher sage ich jetzt schon, bevor wir die nächsten Fragen stellen oder noch mal in die Aussprache gehen: Nehmen Sie Rücksicht auf die Zeit und Ihre Kolleginnen und Kollegen, damit sie auch zu Wort kommen und der Senat die Fragen ausführlich beantworten kann. – Damit ist Herr Franco für Bündnis 90/Die Grünen dran.

**Vasili Franco (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich habe einige Fragen. Insbesondere wenn wir über Krisenmanagement sprechen, können wir am besten aus Fehlern lernen, die begangen worden sind, und wir hatten ja leider sehr viele Krisen in den letzten Jahren, aus denen man einige Schlüsse ziehen kann. Wir hatten die Pandemie, der Dürresommer betraf genauso unsere Stadt, wir hatten den Waldbrand im Grunewald auf dem Sprengplatz oder auch die Versorgung und Unterbringung der Ukraine-Geflüchteten; alles Situationen, in denen auch die Verwaltungen sehr unter Druck geraten sind. Ich glaube, aus diesem könnte man durchaus viel lernen. Sie haben auch die Berichte angesprochen, die sich das Pandemiemanagement noch mal angeschaut haben. Deshalb habe ich folgende Fragen: Welche Learnings hat die Innenverwaltung explizit aus den letzten Krisen, sei es Pandemiemanagement, zumindest der Teil, für den die Innenverwaltung mit zuständig war, oder auch die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine?

Für mich stellt sich auch die Frage, auch mit Blick auf das Katastrophenschutzgesetz: Wir haben ja eine untere Schwelle im Katastrophenschutzfall mit der Großschadenslage geschaffen. Inwiefern wäre es sinnvoll, für kleinere, aber ebenso belastende Ereignisse eine Vorsorge in dem Gesetz zu treffen, um da zum Beispiel schneller und effektiver Maßnahmen ergreifen zu können? – Das wäre aus meiner Sicht etwas, was die Handlungsfähigkeit im Krisenfall noch mal beschleunigen könnte.

Eine Frage zu den Katastrophenschutz-Leuchttürmen, die die Senatorin angesprochen hat: Da würde mich interessieren, wie die Zusammenarbeit mit den Bezirken läuft, die ja für die Umsetzung verantwortlich sind. Es ist durchaus auch immer eine Personal- und Umsetzungsfrage, aber eigentlich brauchen wir in allen Bezirken gut ausgestattete Katastrophenschutzleuchttürme. In manchen Bezirken läuft das meines Wissens schon sehr gut, in anderen haben wir da vielleicht noch Nachholbedarf. Da würde mich interessieren, wie Sie zusammenarbeiten.

Außerdem würde mich mit Blick auf die kritische Infrastruktur interessieren – Sie haben ja geschildert, dass Sie da mit vielen Akteuren an einem Tisch sitzen –: Wie wird sichergestellt, dass man keinen Teil der kritischen Infrastruktur außen vor lässt? Manchmal sind es ja auch kleinere Sachen, die einem dann auffallen, die man neben Strom, Gas, Wasser vielleicht nicht immer im Blick hatte. Wie wird sichergestellt, dass man immer alle angreifbaren Infrastrukturen da im Blick hat? Sie haben eine Koordinierungsstelle angesprochen, die kommen soll. Das finde ich sehr gut, aber gibt es da eine Art Prüfungsverfahren, dass man schaut, dass man immer auf dem Stand der Lage ist?

Letztendlich glaube ich, dass das Hauptstichwort ist, dass wir resiliente Strukturen schaffen, damit gerade auch in Krisenzeiten jeder weiß, was wann zu tun ist, und da glaube ich schon, dass wir auch noch mal in die Strukturen selbst reingehen müssen. Mich würde interessieren, wie viele Personen derzeit für den Katastrophenschutz in der Innenverwaltung zuständig sind. Meines Wissens gibt es da bisher ein Referat, aber vielleicht können Sie mir einmal erklären, wie viel Personal da ständig vorgehalten wird, um genau diese Sachen, die ich angesprochen habe, kontinuierlich weiterzuentwickeln. Denn ich glaube, was nicht passieren darf, ist, dass man, selbst wenn man eigentlich gute Ideen hat, nicht in der Lage ist, rechtzeitig zu reagieren, weil es an Personal fehlt, weil man nicht nachkommt, die Stellen zu schaffen oder zu besetzen, so wie wir es gerade auch in der Krise des Rettungsdienstes leider sehr deutlich sehen. Da scheint ja auch die Behörde gerade in einem desolaten Zustand zu sein, auf den jahrelang hingewiesen worden ist, sich aber nichts geändert hat.

Aus meiner Sicht braucht es also drei wesentliche Dinge: Einmal gehört es immer dazu, alle notwendigen Kompetenzen an einen Tisch zu holen. Sie haben gesagt, dass Sie das zumindest mit Blick auf die kritische Infrastruktur schon machen. Ich glaube auch, dass wichtig ist, dass wir uns noch mal verstärkt mit der Rolle der Hilfsorganisationen auseinandersetzen, auch damit, wie wir die noch besser einbinden und einbeziehen können. Und wir brauchen genügend Personal und Krisenstabsmanagement, und zwar in allen Verwaltungen, nicht nur in der Innenverwaltung, um dann auf Situationen wie zum Beispiel die Versorgung von Geflüchteten adäquat und schnell reagieren zu können. Ich glaube, das wären alles gute Punkte, die man nach und nach angehen müsste, um die Situation zu verbessern. – Danke schön!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Franco! – Für die FDP-Fraktion Herr Jotzo, bitte!

**Björn Matthias Jotzo (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Senatorin, Sie haben es bei einem ersten Statement belassen, und ich denke, so muss es auch verstanden werden, denn im Wesentlichen haben Sie uns hier ja Absichtserklärungen dargeboten. Das muss man mit aller Härte so sagen. Gehen wir mal Ihr Statement durch: Sie haben sich zur Warninfrastruktur geäußert und gesagt, bei den Sirenen läuft es nicht so, wie die Innenverwaltung sich das vorstellt. Ja, 28 von 400 Sirenen montiert, nicht angeschlossen an den Digitalfunk – das ist in der Tat ein desaströses Bild. Ich will aber noch auf ein paar andere Punkte eingehen.

Das eine ist die Frage: Was tun wir, wenn unsere Warninfrastruktur unter Umständen ausfällt? Wir haben die Notwendigkeit, dass in diesem Fall auf Notfallrundfunksender zugegriffen werden kann, damit Menschen die Möglichkeit haben, mit tragbaren Radioempfängern und Kurbelradios entsprechende Informationen zu erhalten. Da wurde auf eine Anfrage hier im Hause – der AfD-Fraktion, meine ich – geantwortet, dass nach 72 Stunden die Sender

nicht mehr sendefähig sind. Die Frage, die sich dann stellt, ist: Was tun wir in diesem Fall? Gibt es eine Sendefrastruktur im Land Berlin – ich meine, in einem Bezirk haben wir eine solche Sendefrastruktur –, auf die in diesen Fällen dann unter Umständen zurückgegriffen werden könnte?

Wenn wir über die Katastrophenschutz-Leuchttürme sprechen – ich hatte mich zu deren Einsatzfähigkeit hier kurz geäußert; dem haben Sie, Frau Innensenatorin, auch nicht widersprochen –, ist die Frage, die ich mir stelle: Wenn der Zustand der Katastrophenschutz-Leuchttürme immer noch so ist, dass wir nicht sicher sein können, dass sie im Fall von Katastrophen auch über einen längeren Zeitraum oder überhaupt einsatzbereit sind bei Stromausfällen und ähnlichen Ausfällen, dann müssen wir uns ja wenigstens jetzt, wo der Winter sich nähert, fragen, was wir dort tun können, um diese Einsatzfähigkeit und die Notstromfähigkeit dieser Einrichtungen sicherzustellen. Möglicherweise habe ich Sie da auch missverstanden. Das Erstaunliche ist doch, dass die Katastrophenschutz-Leuchttürme auch von der Softwareseite her immer noch nicht einsatzfähig sind, nach meinen Informationen jedenfalls. Trifft das zu, oder hat sich da mittlerweile etwas getan?

Sie sind dann auf den Zivilschutz eingegangen und haben auch noch mal dargestellt, dass es Bundessache sei, für den Zivilschutz zu sorgen. – Ja, das ist richtig, allerdings ist die Frage: Was passiert, wenn das Land Berlin aus dem BMI ein entsprechender Alarmspruch erreicht? Der muss ja auch im Land Berlin bearbeitet werden, der muss auch von den Bezirken bearbeitet werden, und es muss dann auch in den Bezirken eine Umsetzung stattfinden. Da würde mich interessieren: Wann war die letzte Zivilschutzalarmübung mit einem entsprechenden Alarmspruch und mit welchem Ergebnis?

Wie sieht es aus mit den Treibstoffbeständen? Auf was können wir da notfalls zurückgreifen? Hier ist ja schon von der AfD-Fraktion angesprochen worden, wie es mit einer Verpflichtung von Dritten aussieht. Verfügen wir beispielsweise bei der BVG oder ähnlichen Einrichtungen noch über Treibstoffbestände, die dann sicher im Katastrophenfall zur Verfügung stehen, nicht nur für die BVG selbst, sondern eben auch für die Sicherheitsdienste, für die Feuerwehr, für den Katastrophenschutz? – Das sind ja die spannenden Fragen, die sich dann stellen.

Sie haben das Netzwerk angesprochen, das Sie bei der Erfassung der kritischen Infrastruktur aufgebaut haben, und gesagt, dass Sie dem eine sehr hohe Bedeutung beimessen. – Es stimmt, die Sicherheit der kritischen Infrastruktur hat eine sehr hohe Bedeutung, nur: Das Problem, das wir hier haben, ist, dass dort ein sehr unterschiedlicher Stand in den Bezirken vorherrscht. Nach meiner Kenntnis haben nur Spandau und Lichtenberg bisher entsprechende Umsetzungskonzepte. Da scheint mir noch Nachbesserungsbedarf vorhanden zu sein. Wenn Sie die Koordinierungsstelle ansprechen, die nach Ihren Ausführungen, Frau Senatorin, im ersten Quartal 2023 fertig werden soll, dann muss ich mich wirklich wundern, denn das Katastrophenschutzgesetz hat in seinem § 28 Absatz 4 diese Vorsehung nicht seit Beginn dieser Legislaturperiode, sondern seit seinem Inkrafttreten. Das war meines Erachtens am 17. Juni 2021. Wir reden jetzt darüber, dass Sie zwei Jahre später eine Koordinationsstelle einrichten, damit die Bezirke im Land Berlin überhaupt einen Ansprechpartner für diese Fragen bekommen. Da muss man sich nicht wundern, wenn wir in den Bezirken kein einheitliches Umsetzungskonzept haben. Das ist schon recht erstaunlich.

Sie haben gerade jetzt für die gesamtstädtische Risikobeurteilung, die Sie hier auch angeführt haben – wir haben eine CDU-Anfrage, glaube ich, zu der Frage, welche Stellen und welche Befähigungen es in der Innenverwaltung zu diesem Thema gibt –, eine Stelle ausgeschrieben: Sachbearbeitung, Rahmenplanung, Katastrophenschutz, eine A 12, Gefährdungsabschätzung und Risikoanalyse. Wie groß ist denn Ihr Personalkörper, der sich zurzeit mit dieser wichtigen Frage beschäftigt? Ist es nicht so, dass uns da noch einiges fehlt, was wir dort gegebenenfalls bräuchten, um eine solche gesamtstädtische Risikobeurteilung überhaupt vernünftig zu erstellen? Was machen wir denn bei Situationen wie einem gesamtstädtischen Trinkwasserausfall? Das koordinierte Handeln im Land Berlin, die AV, die Sie angesprochen haben, und die Risikoanalyse sind bisher, glaube ich, noch nicht in alle Verwaltungsgliederungen propagiert worden, insbesondere den Bezirken. Ich glaube, niemand kennt die wichtigen Dinge, die Sie da machen. „Niemand“ ist vielleicht etwas übertrieben, aber ich glaube nicht, dass das bisher schon überall im Land Berlin vorgedrungen ist.

Den KatSG-Sabotageschutz hatten Sie angesprochen. Wie sieht es mit dem Sabotageschutz in den Verwaltungen aus? Da ist die Frage: Wie arbeitet der Geheimschutz mit dem Katastrophen- und Sabotageschutz zusammen? Wie funktioniert da die Koordination mit den Bezirken? – Das ist auch so ein Problem. Das sind alles Dinge, die Sie zwar ansprechen – Sie haben es auf dem Schirm, Frau Senatorin, das will ich Ihnen auch zu Gute halten –, aber das Problem ist, es kommt in den Verwaltungseinheiten nicht an, und es gibt auch keine vernünftigen Umsetzungskonzepte, bisher jedenfalls. Wie gesagt, ich halte es Ihnen zu Gute, nur, wir haben jetzt auch eine Wiederwahl im Februar, und da müssten Sie im März, vorausgesetzt, es gäbe die SPD-Leitung der Innenverwaltung dann noch, diese Konzepte wenigstens zeitnah umsetzen können.

Eine Frage noch: Wie bereiten Sie sich denn auf die Versorgung besonders vulnerabler Gruppen im Rahmen des Katastrophenschutzes vor? – Nach meiner Kenntnis ist es jedenfalls so, dass im Land Berlin noch kein Konzept vorliegt, das flächendeckend Menschen, die besondere Bedarfe haben, zum Beispiel mit Atemgeräten und Ähnlichem, erfasst, sodass beispielsweise die Berliner Feuerwehr oder auch andere Einrichtungen in der Lage wären, diese Menschen schnell zu identifizieren und im Katastrophenfall auch alle Anstrengungen darauf zu fokussieren, dass besonders Bedürftigen zuerst geholfen wird. Was tun Sie in diesem Fall?

Schließlich ist dann noch, und das war heute schon Gegenstand der besonderen Vorkommnisse, die generelle Situation in der Berliner Feuerwehr und im Rettungsdienst. Da muss man natürlich sagen: Die Berliner Feuerwehr und der Rettungsdienst sind die Behörde, auf die auch im Bevölkerungsschutzfall besonders zurückgegriffen werden muss. Die Wahlkampfposse, die seitens der beteiligten Koalitionäre hier aufgeführt wird, trägt nicht dazu bei, mein Vertrauen darin zu stärken, dass diese Koalition in der Lage ist, diese Probleme miteinander zu bewältigen. Das muss man ganz klar sagen. Mich würden, Frau Senatorin, Ihre Ansätze interessieren. Blumige Worte sind schön, aber ich glaube, Sie müssen im Bevölkerungsschutz in die Details gehen, wir müssen beim Bevölkerungsschutz in die Details gehen, und das erwarte ich auch von einer Innenverwaltung, die funktioniert: funktionierenden Katastrophenschutz, funktionierenden Bevölkerungsschutz im Land Berlin, nicht mehr und nicht weniger.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Jotzo! – Für die CDU-Fraktion Herr Herrmann, bitte!

**Alexander Herrmann (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Die Kritik der FDP-Fraktion ist absolut berechtigt. Ich will aber hier nicht noch mal, auch mit Blick auf die Uhr, all die Missstände, all die Versäumnisse des Senats der letzten Jahre aufzählen, sondern wirklich mit konkreten Fragen daran arbeiten, dass es besser wird, denn mit reinen Absichtserklärungen, mit blumigen Antworten auch auf Anfragen ist es nicht getan.

Wenn ich mir angucke: Wo stehen wir? –, gibt es die einen Antworten aus Ihrem Haus, Frau Senatorin, wo es eher nach dem Motto geht: Das wird schon schiefgehen, das funktioniert. Wir haben Verträge mit Dritten, das passt alles. – Wir haben auf der anderen Seite den Populismus der AfD, die den Teufel an die Wand malt und sagt: Nach 100 Stunden brechen die Gefängnistore auf, und Mörder und Schlimmeres brechen dann über die Stadt herein. – Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen. Ich vermisste bisher, dass man sich als Senat da auch mal klar artikuliert: Von welchen Szenarien geht man aus? Mit welcher Wahrscheinlichkeit ist ein längerer Blackout zu erwarten? –, auch natürlich in Abstimmung mit dem Bund. Das ist keine Frage, die Sie hier alleine entscheiden oder die wir alleine bewerten müssen, sondern das ist eine bundeseinheitliche Bewertung, heruntergebrochen auf Berlin. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir temporär eine Unterlast im Netz haben, und, und, und? – Denn das ist der Anfang, dass wir bewerten: Welche Krisenszenarien sind möglich? Da fallen einem sicherlich noch ganz andere ein, aber: Wie realistisch, wie wahrscheinlich sind sie? – Und dann wäre unsere Erwartung, bei den wahrscheinlichsten – wir sind alle keine Hellseher, auch das gehört zur Wahrheit dazu – Krisenszenarien anzufangen, ganz massiv gegenzusteuern und die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, um dann Schritt für Schritt auch in die unwahrscheinlichen Szenarien zu kommen. Denn das, was wir seit Februar 2022 erleben, sind Szenarien, die hätten wir uns vor einem Jahr, wenn wir diese Debatte hier geführt hätten, nicht vorstellen können, und das führte wahrscheinlich dazu, dass man diesem wichtigen Thema in der Vergangenheit viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. – Das vielleicht als Einleitung. Da möchte ich gerne noch mal Szenarien und Wahrscheinlichkeiten von Ihnen vernehmen.

Jetzt in concreto zu den Katastrophenschutzleuchttürmen, wir haben es in der letzten Woche schon gehabt: Dort fehlt es, so habe ich vernommen, immer noch am Technikkonzept. Es steht da jetzt jede Menge Technik herum, Equipment steht herum, ein Konzept des Senats ist noch in Arbeit. Gleiches gilt wohl für die Schulungen. Deswegen die Frage, wann denn si-

chergestellt ist, dass wirklich die Mitarbeiter, die wir dort haben – die Personalausstattung ist ja sehr unterschiedlich, das ist auch schon angeklungen –, so geschult sind, dass man die Technik nutzen kann, dass es in der Abstimmung zwischen Bezirk und Land funktioniert. Zum Personal, wie gesagt, eben angeklungen, schließen wir uns der Frage ausdrücklich an. Die Ausstattung in den Bezirken ist ganz unterschiedlich, wohl von 0,5 bis 4,7 VZÄ. Das darf nicht sein. Da darf der Senat die Bezirke nicht im Stich lassen, sondern muss gegebenenfalls auch für personelle Unterstützung sorgen, denn Mitarbeiter, die irgendwo mit einer halben VZÄ am Ende neben vielen anderen Aufgaben auch noch so ein bisschen Katastrophenschutz machen sollen, hätten wir vielleicht in Zeiten vor Februar 2022 so haben können, aber mit den Erkenntnissen von heute ist das definitiv zu wenig, und da kann der Senat nicht sagen: Das ist Aufgabe der Bezirke –, sondern da muss der Senat handeln. Das Gleiche gilt natürlich, auch das hat Kollege Jotzo eben schon angesprochen, bei der Ausstattung im Senat selber. Da gab es auf eine Anfrage von mir Mitte des Jahres die Antwort: Von den neun Stellen, die sich mit dem Katastrophenschutz beschäftigen, sind sieben besetzt. – Da hätte ich gerne ein Update, wie es heute aussieht und was an Maßnahmen unternommen wurde, um die Personalstärke dort zu decken und ob der Senat neun Stellen – – [Handyklingeln] –

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Bitte schalten Sie die Handys komplett lautlos, einfach wegdrücken reicht nicht. Danke! – [Kurt Wansner (CDU): Das ist mir sogar eingefallen, es reagiert aber nicht!] –

**Alexander Herrmann (CDU):** Dann aus dem Fenster werfen, das könnte helfen! Ich habe nicht so viel technischen Sachverstand. – Weiter in unserer Fragerunde; wir sind, wie gesagt, bei der Personalausstattung durch den Senat. Neun Stellen für ein Land, für eine Stadt wie Berlin halte ich für relativ wenig. Auch da wäre es wichtig, Konzepte zu hören: Wo gehen wir hin? – Telefon ist ein gutes Stichwort, deswegen hat Kollege Wansner das eben auch gemacht. – Vielen Dank, lieber Kurt, für die Erinnerung! – Wie ist denn die Ausstattung mit Satellitentelefonen? – [Tom Schreiber (SPD): Mit lautlosen!] – Lautlose Satellitentelefone, das wäre die Nachfrage, die ich mir überlegen würde, Kollege Schreiber: ob die auch alle mit Vibrationsalarm oder mit Klingeltonunterdrückung ausgestattet sind. Aber mich würde generell interessieren: Was haben wir an Satellitentelefonen in der Innenverwaltung, und was haben wir an Satellitentelefonen, die auch noch funktionieren sollten, generell in der Berliner Verwaltung, damit im Krisenfall auf diese Telefone zurückgegriffen werden kann?

Die nächste Frage ist zu den Katastrophenschutzfahrzeugen bei der Berliner Feuerwehr. Auch das ist ein Thema, über das wir im Rahmen der Haushaltsberatungen, damals noch mit den Eindrücken der Flutkatastrophe im Ahrtal, gesagt haben: Wir brauchen Fahrzeuge, die auch durch Schlamm und Hochwasser kommen. – Jetzt sind noch ganz andere Szenarien denkbar. Auch da wäre es interessant zu erfahren, wie die Ausstattung ist, was dort die nächsten Schritte sind. – [Handyklingeln] – Mehr Telefonfragen fallen mir nicht ein. Jetzt würde ich doch auf meinen Vorschlag, es aus dem Fenster zu werfen, zurückkommen.

Wir haben in vielen Anfragen gehört: Wir sind dort mit Verträgen abgesichert, dass es funktioniert. – Das ist alles Zivilrecht. Das mag in normalen Zeiten funktionieren; wir reden aber über Krisenzeiten, Frau Senatorin, wo wir eben nicht sicherstellen können, ob ein Lieferant, der von mir aus auch unter Androhung schwerster Repressalien verpflichtet ist, uns Diesel zu liefern, Essen, Wasser etc., es dann im Krisenfall tatsächlich kann. Auch da würde ich gerne

wissen, ob man diese Versorgungsverträge kritisch hinterfragt, überprüft, auch in welchem Zeitraum, um hier Sicherheit zu bekommen.

Als Letztes auch noch mal zum Thema Versorgung: Wir haben gelesen, auch auf eine Anfrage von mir, dass es bei der Feuerwehr und auch bei der Polizei ganz unterschiedliche Ausstattungen gibt. Es gilt für diese Katastrophenschutz-Leuchttürme, dass man mit Notstromaggregaten dort eine Notversorgung gewährleisten kann. Allerdings braucht es bei Polizei und Feuerwehr, bei den Liegenschaften dafür eine Außeneinspeisung. Ich weiß aus der Situation damals in Köpenick: Ja, es gibt da die Fahrzeuge, also die Hänger, die gegebenenfalls an die Außeneinspeisung angeschlossen werden können, aber ich kann mich erinnern, dass es in Köpenick ganz schwierig war, die entsprechend befugten Leute zum Umschalten von normalem Stromnetz auf Außeneinspeisung heranzukarren. Die sind da herumgefahren worden, und das war nur in Köpenick. Wenn ich mir das jetzt berlinweit vorstelle, ist die Frage: Haben wir da genug Aggregate? Haben wir genug Personal? Haben wir tatsächlich auf allen Dienststellen der Innenverwaltung, die am Ende dann im Einsatz wären, entsprechende Außeneinspeisungen? – Ich glaube es nicht.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Herrmann! – Wir kommen gleich zur Beantwortung der vielen und ausführlichen Fragen; ich hoffe, Sie haben sich alles gemerkt. Nur eine Frage noch: Hat es mit Stummschaltern geklappt, oder brauchen Sie Unterstützung, Herr Wansner? – Vielen Dank, Herr Wansner!

**Senatorin Iris Spranger (SenInnDS):** Sonst macht das Herr Herrmann wirklich noch und schmeißt es selber aus dem Fenster; das wäre vielleicht nicht so angebracht. Aber Scherz beiseite! – [Kurt Wansner (CDU): Ich wollte nur ein bisschen Stimmung reinbringen!] – Man muss auch mal lächeln können, völlig richtig. – Sie haben gemerkt, dass die Innenverwaltung, dass ich als Innensenatorin, dass mein Staatssekretär, dass Polizei und Feuerwehr gerade nach den Katastrophen, die uns leider in den letzten Jahren ereilt haben, das selbstverständlich sehr ernst nehmen. Sie wissen, ich bin jemand, die sehr viel organisiert, nachfragt und dann auch wirklich abrechnet. Das haben Sie von mir schon kennengelernt. Ich habe selbstverständlich als Innenverwaltung aber nicht die einzige Verantwortung, sondern diese Verantwortung liegt bei allen Verwaltungen. Deshalb sind einzelne Fragestellungen, die Sie auch in den Anträgen haben, von der Bildungsverwaltung und hauptsächlich auch von der Wirtschaftsverwaltung anzusprechen.

Ich möchte Ihnen nur eine Sache sagen: Alle Verwaltungen in diesen Bereichen, die Sie auch als Fragestellungen angegeben haben, werden von uns einbezogen. Streckenweise sind sie auch selbst dafür verantwortlich, unabhängig von den Bezirken. Alles, was mit Wasser, Brunnen, Trinkwasser und so weiter zu tun hat, liegt in der Verantwortung der Senatsumweltverwaltung, und wir stehen natürlich mit allen in ständiger Verbindung dazu. Das heißt, wenn wir auch dazu eine Anhörung machen, muss natürlich die Umweltverwaltung hier mit am Tisch sitzen, völlig klar. Dadurch, dass die Fragestellung nicht auf diesen Bereich bezogen war, ist die Umweltverwaltung jetzt nicht dabei, sondern angepasst an Ihre Fragestellungen und Anträge die Bildungs- und die Wirtschaftsverwaltung, die jetzt dann auch gleich dazu Stellung nehmen werden. Zu den Nachfragen und Aufgabenstellungen der AfD ist die Justiz hier gefragt; Wirtschaft und Justiz. Da kamen mehrere Fragen.



Zu den Tankstellen; Ihre Frage war die nach der Sicherstellung der Funktions- und Arbeitsfähigkeit. Die Arbeits- und Funktionsfähigkeit, dazu kann die Polizei auch gleich noch mal Stellung nehmen, ist natürlich durch eine Notstromversorgung in Form von festinstallierten und mobilen Notstromaggregaten in den einzelnen Liegenschaften gewährleistet. – Erste konkrete Aussage. – Wir haben fünf eigene Tankstellen für Straßenfahrzeuge der Polizei, und auch dort verfügen wir über Notstromaggregate. Die Lieferung von Heizöl und Diesel, auch hier von mehreren die Fragestellung, zur Betankung der Notstromersatzaggregate erfolgt über ein Sammelbestellverfahren des Landes Berlin, ist also auch abgesichert.

Die Kommunikation mit polizeilichem Digitalfunk ist entsprechend der Vorgaben der Bundesanstalt, darauf müssen wir zurückgreifen, für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben als Basisversorgung sichergestellt, also Fahrzeugfunk und Leitstellenanbindung. – Auch das waren Fragen. Das vielleicht zu der Sache.

Zu den Katastrophenschutz-Leuchttürmen muss Ihnen eines sagen, wenn hier immer wieder anklingt: Behörden-Ping-Pong, Hin und Her, Bezirke: Es sind alle Verwaltungen angesprochen und natürlich auch die Bezirke, völlig klar. Sie merken gerade mit der Wahlwiederholung, wie eng ich in der Absprache mit allen Bezirken stehe und wie gut auch die Behörden in den Bezirken funktionieren. Die Katastrophenschutz-Leuchttürme werden zurzeit von den Bezirken eingerichtet. Es gibt zwei Bezirke, die haben Sie schon genannt, die sind sehr schnell, die sind dort sehr weit, aber die anderen Bezirke ziehen nach, und wir stehen selbstverständlich in ständiger Verbindung mit den Bezirken. Durch uns wurden in den Bezirken mit den Bezirken zusammen Standorte entsprechend eingerichtet, die alle über gebäudeseitige Notstromaggregate verfügen. Wir haben mobile Notstromaggregate zur Verfügung gestellt; das war auch eine Frage von Ihnen. Alle Katastrophenschutz-Leuchtturm-Standorte verfügen über eine Notstromversorgung.

Sie haben jetzt hier so ein bisschen in Ihren Nachfragen immer gesagt, wir wären oberflächlich oder so etwas. Das stimmt komplett nicht, um Ihnen das ganz deutlich zu sagen. Hier wird nicht nur oberflächlich irgendetwas gesagt, sondern Berlin ist vorbereitet. Nicht alles macht Berlin. Sie haben eine Sache angesprochen, und wenn ich das hier so offen sage, dann ist es auch so: Ja, es ist unbefriedigend für mich, dass ich im Sommer sage: Ich möchte das Geld vom Bund für die 400 Sirenen gerne auch ausgeben. – Die sind beauftragt. Dann sagt mir aber die BIM, die Eigentümerin, übertragen vom Land Berlin, unserer ganzen Immobilien ist: Wir müssen mit der Firma nicht nur die Standorte, die mit der Feuerwehr gemeinsam gesucht worden sind, finden, sondern wir brauchen auch die Sicherheit, dass diese Sirenen so aufgebaut sind, dass sie dann nicht beim nächsten Sturm eventuell den Leuten um die Ohren fliegen, sondern das muss statisch sauber alles hinhalten. – Das kann eine Feuerwehr nicht. Das muss aber ein Unternehmen gemeinsam mit der BIM machen. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, das ist nicht befriedigend für mich, völlig klar, aber das können Sie mir jetzt nicht anlasten, denn ich kann nicht zu jedem einzelnen Standort gehen und die Statik überprüfen. Das müssen die Fachleute machen, die einen Vertrag haben, den ich im Übrigen jetzt auch überprüfen lasse, denn das heißt jetzt für das Land Berlin, dass wir die Standorte nicht so einrichten können, obwohl wir alles sichergestellt haben, wie wir das wollten; nur mal ein Beispiel.

Alle Kat-L-Standorte verfügen also über eine Notstromversorgung, entweder durch Notstromanlagen oder durch mobile Notstromaggregate für den Katastrophenschutzbetrieb. Es wird von einer Laufzeit, auch das sehr konkret, von mindestens 72 Stunden ausgegangen. Die

einzelnen Nachbetankungskonzepte werden in den Bezirken geprüft und selbstverständlich umgesetzt. Erfreulicherweise konnten inzwischen auch alle Katastrophenschutz-Leuchttürme, also alle Standorte, mit Digitalfunkgeräten ausgestattet werden, sodass im Einzelfall die Kommunikation gesichert ist und eine Kommunikation zwischen den eingerichteten Krisenstäben – darüber habe ich vorhin schon berichtet – und den Katastrophenschutz-Leuchttürmen erfolgen könnte.

Herr Franco hat etwas zu Hilfsorganisationen und Lagebild gefragt. – Das Lagebild ist genau nach diesem System aufgebaut, wie ich es vorhin gesagt habe. Wir sind da fortschrittlich. Keiner sollte hier also sagen: Es passiert im Katastrophenschutz nichts. – Das stimmt nicht. Das haben Sie nicht gesagt, Herr Franco, völlig klar, Entschuldigung, das sollte jetzt nicht so rüberkommen, aber auf der anderen Seite wurde es gesagt. – Wir sind für Großschadenslagen selbstverständlich gerüstet. Für die Warninfrastruktur sind wir nicht auf die Sirenen angewiesen, wir haben Warn-Apps, die funktionieren. Die meisten Berlinerinnen und Berliner haben die zwei Warn-Apps auch auf ihren Handys. Die Smartphones von Vodafone, glaube ich, haben entsprechende Apps, wo auch eine Warnung ausgesprochen wird. Einige von Ihnen werden es in den letzten Tagen gesehen und bekommen haben. Wir haben die Anzeigen selbstverständlich mit Wall, BVG. Das läuft. Das heißt also, sollte ein entsprechender Katastrophenfall eintreten, werden alle diese Sachen selbstverständlich laufen. Alle Rundfunk- und Fernsehanstalten, auch mit Brandenburg zusammen, werden ebenfalls berichten. Das heißt also, man darf jetzt nicht so tun, als ob das alles noch an der Oberfläche wabert, sondern es ist selbstverständlich sehr ernst genommen.

Wir haben mit allen Verwaltungen, mit den Bezirken zusammen, ständige Besprechungen zur aktuellen Situation. Wie weit sind die Vorbereitungen? Wo können wir unterstützen? – Die neun Stellen, die Sie gerade benannt haben, sind ja nur meine Verwaltung. Die anderen Verwaltungen haben auch Stellen. Zum Beispiel die Umweltverwaltung ist für die gesamte Situation, was Wasser betrifft, was Brunnen betrifft, was Trinkwasser betrifft, gemeinsam mit den Wasserbetrieben in Verbindung und hat dafür auch Stellen eingerichtet. Deshalb von mir jetzt noch mal diese Klarstellung. – Vielleicht jetzt noch mal zur Polizei, Herr Dessin, und dann Herr Zuch noch mal. – Danke schön!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Herr Dessin, Sie haben das Wort!

**Jörg Dessin** (Landespolizeidirektion): Auch ich möchte Ihnen ein bisschen konkreter darstellen, was die Polizei Berlin in diesem Fall macht. Unsere Polizeipräsidentin, Frau Dr. Slowik, hat Ihnen schon im September in der 10. Sitzung des ISO-Ausschusses vorgestellt, dass wir eine Rahmenkonzeption entwickelt haben. Die Rahmenkonzeption haben wir schon im Frühsommer zu entwickeln begonnen vor dem Hintergrund, dass absehbar war, dass es möglicherweise zu Energieverknappungen kommt. Damit haben sich alle Polizeien des Bundes und der Länder zu diesem Zeitpunkt bereits befasst. Sie erinnern sich auch, dass in den Zehnerjahren bereits bundesweite Übungen unter der Überschrift LÜKEX zum Themenfeld langanhaltende Stromausfälle stattgefunden haben, sich also die Polizeien und Länder schon seit längerem auf diese Szenarien vorbereiten.

Die Rahmenkonzeption der Polizei Berlin ist kurz nach dem ISO-Ausschuss, am 22. September 2023, in Kraft getreten, und sie hat eigentlich zwei Säulen. Sie beinhaltet zum einen natürlich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, dass es ruhig bleibt in der

Stadt. Wir haben durch den Teilstromausfall in Köpenick 2019 über 71 Stunden entsprechende Erfahrungen gemacht. Dort war es sehr ruhig. Die Bevölkerung hat sehr besonnen reagiert, und wir konnten feststellen, dass die Maßnahmen, die wir auch zu dem damaligen Zeitpunkt schon geplant haben, gut gegriffen haben. Darauf können wir sehr stark aufbauen. Wir beobachten natürlich im Zuge der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das aktuelle Geschehen in der Stadt, sowohl die Kriminalitätslage, die Versammlungslage, aber auch die Versorgungslage, inwieweit diese etwa zu außergewöhnlichen Szenarien oder Ähnlichem in einem Stufenmodell, das diese Rahmenkonzeption vorsieht, tatsächlich auch eintritt.

Das Hauptaugenmerk liegt für die Polizei Berlin aktuell aber auf der Aufrechterhaltung unseres Betriebes. Man kann es mit einem Säulen- oder Warnmodell vergleichen. Wir planen natürlich das, was Frau Spranger eben schon gesagt hat, und schauen uns unsere Tankreserven an. Wir haben entsprechende Tankstellen, die notstromversorgt sind, das heißt, wir sichern für unsere Einsatzfahrzeuge, aber auch in enger Zusammenarbeit mit der Senatsinnenverwaltung, mit der Berliner Feuerwehr, die Möglichkeit von Betankungen von anderen im Krisenfall. Wir bereiten uns von der Arbeitszeit, vom Arbeitseinsatz, vom Einsatz der Mitarbeitenden ebenfalls auf entsprechende Krisenszenarien vor. Wir haben durch die beiden Pandemiejahre eine Menge Erfahrungen gemacht mit Flexibilisierung von Arbeitszeiten, dass wir aus Gründen der Energieschonung möglicherweise Arbeitsantritte verkürzen, dass wir dort Dienstzeitpläne vorliegen haben, dass wir unsere Alarmierungspläne vorbereiten, um gut gewappnet zu sein und eine genügende Anzahl von Mitarbeitenden dann tatsächlich vor Ort zu haben. Wir haben, auch das hat Frau Spranger schon ausgeführt, unsere Notstromaggregate – Energieersatzanlagen im Behördendeutsch – mittlerweile größtenteils auf ihre Funktionsfähigkeit getestet, und das bedeutet, wir haben die Anlagen nicht nur einmal kurz angeschmissen, ob sie tatsächlich anspringen, sondern wir haben sie einem stundenlangen Echtlasttest unterzogen, um zu sehen, dass diese Anlagen unsere Funktionsfähigkeit für eine gewisse Zeit, bis sie dann nachbetankt werden können, auch tatsächlich aufrechterhalten. Die Kommunikation über den Digitalfunk hatte Frau Spranger auch schon erwähnt; auch das ist über Notstromaggregate gewährleistet.

Das heißt, wir sind technisch und organisatorisch vorbereitet. Wir haben vor 14 Tagen begonnen, unterhalb der Landespolizeidirektion, in meinem Stab angegliedert, einen Koordinierungsstab Energiekrise zu etablieren. Dort sitzen zurzeit aufwachsend bis zu 15 Mitarbeitende, Experten aus der Behörde, aus jeder Fachlichkeit, damit wir tatsächlich in einem kaskadierenden System unsere Betriebsfähigkeit aufrechterhalten können. Wir haben unterschiedliche Stufen entwickelt, ähnlich wie man es bei den Pandemieplänen kennt, sodass wir nachher, wenn uns die Energieknappung treffen sollte, den Funkwageneinsatzdienst, unsere Außendienstmitarbeitenden priorisiert einsetzen können und die anderen Ressourcen, möglicherweise auch unseren eigenen Energieverbrauch, worauf wir innerhalb der Behörde schon hinweisen, dann deutlich zurückfahren können. Das ist soweit vorbereitet.

Für uns ist das periodische Lagebild sehr wichtig, das wir begonnen haben. Der Probelauf des Projektes Lagebild Berlin ist schon angesprochen worden, angebunden bei der Senatsinnenverwaltung. Darüber hinaus fertigen wir in den Themenfeldern Kriminalitätslage, Versammlungslage, Versorgungslage periodische Lagebilder, um aktuell immer den Stand der Dinge zu haben.

Ich glaube, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, sind vorbereitet und sind über Energiekrisengremien sowohl mit der Senatsinnenverwaltung als auch mit anderen Senatsverwaltungen vernetzt, aber es ist auch ein entsprechendes Gremium innerhalb der Polizei Berlin vorhanden und eingerichtet.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen herzlichen Dank! – Als Nächster zur Ergänzung und Beantwortung Herr Zuch, und dann weiter zur Senatsverwaltung für Bildung!

**Klaus Zuch (SenInnDS):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte einige Punkte ergänzen, die vorhin abgefragt worden sind. Herr Vallendar fragte nach der Netz- und Energiesicherheit; da wäre meine Anregung, dass Sie in der Tat nachher Kollegen Paßmann von der Wirtschaftsverwaltung hören. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir uns in der Innenverwaltung seit etwa zehn Jahren mit der Thematik: Was passiert bei länger anhaltenden Stromausfällen? – beschäftigen. Das ging damals los im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien und Stromschwankungen, die ins Netz eingebracht werden, weil je nachdem, ob der Wind weht oder die Sonne scheint, ganz unterschiedliche Belastungen in den Netzen entstehen. Wir haben uns wirklich schon sehr lange damit auseinandergesetzt. Natürlich bekommt das jetzt eine besondere Bedeutung, insbesondere nach den Ereignissen, die wir hatten, sei es die Fragestellung, wo man durch Sabotage auf Stromleitungen einwirkt und dafür sorgt, dass bestimmte Bereiche Berlins momentan nicht versorgt werden, oder der Baggerunfall, der in Köpenick seinerzeit das Kabel zerrissen hat.

Die Katastrophenschutzbehörden des Landes, so definiert es das Katastrophenschutzgesetz, sind alle Hauptverwaltungen, also alle Senatsverwaltungen, alle Bezirke, alle nachgeordneten Behörden und die Senatskanzlei. Wir alle zusammen haben unter Koordinierung unserer Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport diese ganzen Punkte abuarbeiten, und wir sind dazu seit Jahren in Kontakt. Ich möchte nicht, dass hier ein falscher Eindruck entsteht: Durch die aktuelle Krisenlage – Pandemie und jetzt der Russland-Ukraine-Krieg – gerät das besonders in den Fokus, ja, aber wir arbeiten an diesen Themen seit Jahren.

Herr Franco hat im Zusammenhang mit dem Krisenmanagement gefragt, was die Lessons learned bei uns im Hause sind, bei der obersten Katastrophenschutzbehörde. – Wir haben beispielsweise dieses Lagebild Berlin aus diesen Umständen heraus entwickelt. Es war übrigens schon in der vorletzten Legislaturperiode ein großer Wunsch der KRITIS-Betreibenden, hier enger eingebunden zu werden, wenn Informationen da sind, die gar nichts mit Pandemie oder Krieg zu tun haben, sondern mit einer Gefahrensituation in der Stadt, dass wir in die Lage versetzt werden, diese Informationen schnell auszutauschen. Ich bin Ihnen allen im Abgeordnetenhaus sehr dankbar dafür, dass wir damals im Zuge des Nachtragshaushalts in der letzten Legislaturperiode diese Mittel bekommen haben. Die Reform des Katastrophenschutzgesetzes ist auch ein Ausfluss dessen gewesen, dass man hier ein moderneres Gesetz schaffen wollte. Wir hatten bisher nur – aber was heißt „nur“? – die Situation der Katastrophenschutzlage geregelt, die wir eigentlich nie hatten. Wir haben mit dem neuen Gesetz unterhalb der Katastro-

phe die Großschadenslage eingeführt und noch mal klargestellt, dass es Stäbe gibt, und zwar in den Verwaltungen, die dafür zuständig sind. Nicht die Innenverwaltung muss im Falle einer solchen Lage den Krisenstab stellen, sondern die jeweils fachverantwortliche Dienststelle. Da gehört das auch hin, ohne dem Kollegen vorgreifen zu wollen. Er wird das schildern, auch mit Blick auf die Energiemangellage. Die Wirtschaftsverwaltung hat genau für diese Situation einen Krisenstab aufgebaut und berichtet dazu regelmäßig im Senat über den aktuellen Stand.

Zur Warninfrastruktur hat meine Senatorin schon einiges ausgeführt. Die Vereinbarung haben wir seit Jahren – zur Messe kann ich noch nachtragen –, das, was im Schadensfall auf den BVG-Anzeigern passiert, die Lautsprecherdurchsagen durch die Polizei als letzte Möglichkeit, die vorgesehen ist. Das sind alles Möglichkeiten, neben den moderneren Warn-Apps beispielsweise auf entsprechende Situationen aufmerksam zu machen.

Es wird eine Übung geben, einen Warntag. Der ist in diesem Jahr auf den 8. Dezember festgelegt worden. Sie wissen, dass das im letzten Jahr ein bisschen in die Hose gegangen ist, aber wir lernen daraus, besser in einer Übungssituation als im Ernstfall. Eine Sache hat der Bund in dem Zusammenhang eingeführt, nämlich dieses Cell-Broadcast-Verfahren, +das hatte die Senatorin auch angesprochen, wo die Betreiber allen Handybenutzern – ich schränke mal ein: jedenfalls denjenigen, die Handys der neueren Generation nutzen, Smartphones – unaufgefordert eine Nachricht schicken können. Die Tests laufen schon in diesen Tagen. Das ist über mehrere Betreiber übergekommen. So wird das auch weiter laufen.

Ich bin in meiner Funktion als Abteilungsleiter auch im AK V der Innenministerkonferenz, dem Gremium, das sich mit Bevölkerungsschutzfragen beschäftigt. Wir haben sehr groß ins Auge gefasst, insbesondere nach der Flutkatastrophe im Aartal, aber auch nach der Pandemie: Wie können wir innerhalb der Bundesrepublik die Strukturen verbessern? – Ausfluss dessen ist, das wirklich sehr schnell eingerichtete und in der letzten Innenministerkonferenz im Frühjahr dieses Jahres vereinbarte Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe einzurichten. Sitz ist Bonn. Da ist eine kleine Einheit aus fünf Mitarbeitenden aus den Ländern beziehungsweise fünf Mitarbeitenden des Bundes geschaffen worden, die gezielt den Informationsaustausch sicherstellen soll, damit er schneller läuft, wenn wir in solche Lagen kommen. Das ist im Aufbau. Das wird bis zum Jahresende in der ersten Stufe abgeschlossen sein. Es ein Turn von zwei Jahren geplant, wo die Mitarbeitenden abgeordnet werden sollen. Wie gesagt, das ist nicht so einfach; Standort ist Bonn. Berlin wird sich, so ist unsere Planung, in dem zweiten Turn beteiligen.

Zum Personal ist gefragt worden: In meiner Abteilung gibt es ein Referat, das sich mit Feuerwehr und Katastrophenschutz beschäftigt, das ist das Referat III A. Da werden die fachlichen Dinge gemacht. Die unterstützenden Teile – Haushalt, Technik – laufen im Referat III E von Frau Alms, die Sie alle kennen.

Innerhalb des Referates III A gibt es zwei Arbeitsgruppen, eine macht Feuerwehr, eine Katastrophenschutz. Diese Arbeitsgruppe besteht im Moment aus neun Stellen und der Stelle für die Gruppenleiterin, Frau Wortmann. Darüber hinaus sind uns im Moment bis zum Jahresende temporär zwei Dienstkräfte zugeordnet, das sind Probezeitbeamtinnen und -beamte, die wir regelmäßig bekommen. Wir nutzen auch unsere Lagezentrale im Haus, um entsprechende Lagen zu unterstützen. Eine weitere personelle Stärkung ist geplant. Die eine Stelle ist ausge-

schrieben; das ist eine Stelle, die uns mit dem Haushalt 2023 zuwachsen wird, der entsprechend verabschiedet worden ist.

Zu einer Frage von Herrn Jotzo: Die letzte Zivilschutzalarmübung ist am 5. November 2019 durchgeführt worden. Allerdings waren die Bezirke daran nicht beteiligt, sondern das lief auf der Ebene der Hauptverwaltung. Was die KOST KRITIS betrifft, die jetzt eingerichtet werden soll – das geht in Kürze in den Senat, meine Senatorin hat es dargestellt –, will ich nur darauf hinweisen, dass die Ansprechpartner im Feld KRITIS seit Jahren miteinander vernetzt sind. Wir haben die AG KRITIS-Betreiber in unserer Verwaltung unter unserer Koordination vor Jahren eingerichtet und haben vor dem Hintergrund der Pandemie noch viel engere Arbeitsbeziehungen geknüpft – Sie kennen das alles: Wer bekommt besondere Ausweise, um Dienststellen betreten zu können, sich bewegen zu können? – zu dem Zeitpunkt, als wir die großen Restriktionen hatten.

Es ist eine Frage mit Blick auf die Fahrzeugausstattung im Bevölkerungs- und Zivilschutz gestellt worden. Der Bevölkerungsschutz als Unterfall, sozusagen, ist Sache der Länder. Der Zivilschutz, alles, was mit militärischen Geschichten zu tun hat, ist Sache des Bundes. Man kann die Hilfsmittel, Kräfte, Fahrzeuge, alles, was an Führungs- und Einsatzmitteln dazugehört, durchaus doppelnutzen, und das ist das, was zwischen Bund und Ländern immer abgestimmt wurde. Wir haben in Berlin tatsächlich ein Defizit, was die Ausstattung mit Bundesfahrzeugen betrifft. Das ist eine Haushaltsfrage; die hat meine Senatorin sehr deutlich an den Bund adressiert, und das wird in der IMK in Kürze wieder ein Thema sein.

Es gab es vorhin eine Frage, die die Vorsorge betrifft. – Es gibt eine Verordnung über den Katastrophenschutzdienst, die festlegt, welche Betreuungs- und Behandlungsplätze durch Hilfsorganisationen hier für den Fall einer Katastrophe aufgebaut werden. Wir haben uns seinerzeit daran messen lassen. Die Terroranschläge in Madrid waren für uns ein Punkt, dass wir gesagt haben: Was bräuchten wir denn in so einem Fall hier? – Das ist die Grundlage. Ich glaube, Herr Herrmann sagte vorhin: So ein Szenario, wie wir jetzt besprechen, hat man sich vor einem Jahr noch gar nicht wirklich vorstellen können. – Ja, wir entwickeln uns anhand solcher Szenarien weiter und versuchen, das wirklich mit Hochdruck und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzubauen. Noch mal: Die Ansprechpartner im Bereich KRITIS sind seit Jahren vernetzt und arbeiten, wie ich es feststelle, sehr vertrauensvoll zusammen.

Satellitentelefonie nutzen wir aus unserer Sicht nicht. Wir haben hier voll auf den Digitalfunk gesetzt. Die Senatorin sagte es schon: Auch die Kat-Leuchtturm-Standorte sind jetzt mit Digitalfunk ausgestattet worden, und wir sorgen über Netzersatzanlagen auch dafür, dass der weiterhin betriebsbereit gehalten wird. – Das vielleicht als Ergänzung zu den Punkten, die ich mir noch notiert hatte.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank! – Als Nächste zur Ergänzung und Beantwortung anderer Fragen Frau Dr. Jana Schlösser für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, digital zugeschaltet. – Sie haben das Wort!

**Dr. Jana Schlösser (SenBJF) [zugeschaltet]:** Guten Tag! Mein Name ist Jana Schlösser, ich bin von der Senatsverwaltung für Bildung. Ich möchte auf die Anfragen von Herrn Jotzo – vielen Dank dafür! – eingehen.

Die Hilfeleistung bei Notfällen ist selbstverständlich von großer Bedeutung. Dieses Thema ist auch in den Rahmenplänen der Mittelstufe, der Sekundarstufe I, und auch in den Rahmenplänen der Sekundarstufe II abgebildet. Das heißt, entsprechend dieser Vorgaben können Schulen bedarfsgerecht Schwerpunkte setzen und das durchaus im schulischen Alltag verankern. Die eigenständige Schule kann also sehr unterschiedliche Wege gehen, um diese Themen in der Schule präsent zu machen, und dafür können unterschiedliche schulische Konzepte zum Tragen kommen; im Rahmen der eigenständigen Schule können Schulen das abbilden. Hier wäre es möglicherweise sinnvoll, Best-Practice-Beispiele einzusammeln, zu kommunizieren und Anregungen zu geben.

Wie ich in der Vorbereitung schon geschrieben habe, gibt es sehr unterschiedliche Möglichkeiten für Schule – durchaus für Krisenszenarien, die an Schule relevant sind –, diese Themen zu spielen. Die Themen Erste Hilfe und Wiederbelebung sind immer wieder angesprochen. Dazu gibt es zahlreiche Angebote außerschulischer Partner, die selbstverständlich in Schule aktiv werden können. In der Anfrage wurden einige Hilfsorganisationen genannt; all diese können in Schule ihre Angebote platzieren. Wir selbst haben ein Projekt „Schülerinnen und Schüler retten Leben“, wo Lehrkräfte zum Thema Wiederbelebung fortgebildet werden, und nach erfolgreicher Fortbildung können die Schulen auch mit diesen relativ teuren Übungspuppen ausgestattet werden. Auch dort gibt es die Möglichkeit für Schulen, sich bedarfsgerecht auszustatten.

Zum Thema Brandschutz: Es gibt in Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr Fortbildungen für Lehrkräfte zum Thema Brandschutz. Selbstverständlich werden auch Lehrkräfte regelmäßig als Brandschutzhelfer fortgebildet, sodass das Thema Brandschutz in Schulen abgebildet ist.

Herr Jotzo, Sie haben schon die Initiative des Bezirks Lichtenberg und die Beispiel „Schau genau – mach dich schlau – werde Junior-Sicherheitsexperte“ erwähnt. Wir sind in Kontakt mit dem Bezirksamt Lichtenberg und kennen die Unterlagen, die dort entwickelt wurden. Das ist tatsächlich ein vielversprechender Ansatz in der Vermittlung im Bereich der Grundschule, der in unserem Haus bekannt ist.

Viele Dinge wurden in den letzten Monaten angeschoben. Unter anderem gibt es jetzt einen Letter of Intent für das Projekt „Plan#B: Planung und Demonstration innovativer, vernetzter Sicherheitslösungen am Beispiel Blackout in einer vielfältigen Metropole“. Das ist eine Zusammenarbeit, die von der Hochschule für Technik und Wirtschaft angefragt wurde, und die wurde in den letzten Wochen positiv beantwortet. Das heißt, wir unterstützen an dieser Stelle.

Grundsätzlich gibt es also die Möglichkeit, das Thema Hilfeleistung in Schule sicher und sinnvoll zu verankern. Das Einzige, was im Rahmen von Schule nicht funktioniert, ist die Verpflichtung zu Projekttagen, denn die Schwerpunktsetzung zu Projekttagen obliegt den Schulen. Das heißt, eine bedarfsgerechte Schulung zu für Schule relevanten Krisenszenarien ist in jeder Schule möglich und sinnvoll. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Auch Ihnen vielen Dank! – Für die Senatsverwaltung für Wirtschaft Herr Paßmann. – Sie haben das Wort!

**Jörn-Thorsten Paßmann** (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Guten Tag! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte kurz etwas zu den Fragen sagen, die sich rund um die Ausfallsicherheit der Stromnetze drehen, die Sie gestellt haben. Wir wollten eigentlich heute gemeinsam mit einem Vertreter der Stromnetz Berlin teilnehmen. Der Vertreter ist leider heute kurzfristig ausgefallen und konnte so schnell nicht ersetzt werden. Ich werde Ihnen aber gern berichten, was wir aus dem laufenden Austausch mit der Stromnetz Berlin und auch der 50Hertz als Übertragungsnetzbetreiberin wissen; mit denen stehen wir sowieso laufend im Austausch und im Rahmen unseres Krisenstabs Energienotfall in der letzten Zeit intensiviert.

Die Frage nach dem tatsächlichen Ausfallrisiko des Stromnetzes im Land Berlin kann ich Ihnen so beantworten, dass das als sehr gering angesehen wird, und zwar insbesondere für einen länger dauernden und flächendeckenden Stromausfall. Die Gründe für diese Einschätzung möchte ich Ihnen auch gern erläutern: Es ist so, dass wir besonders mit Blick auf den kommenden Winter insbesondere über zwei Dinge reden. Das ist einmal das, was Sie auch schon angesprochen haben, dieser Stresstest des Bundes. Dabei geht es darum, ob insgesamt in den deutschen und europäischen Stromnetzen genug Erzeugungskapazität ist, um den Bedarf zu decken. Das ist ein Thema, das insbesondere beim Bund bearbeitet wird und wo der Bund verschiedene Maßnahmen getroffen hat, um zusätzliche Kraftwerkskapazitäten verfügbar zu machen, sei es durch diese Restlaufzeiten der Atomkraftwerke, aber auch im Bereich der Kohlekraftwerke und sonstiger Erzeugungsanlagen. Da wird einiges getan.

Die möglichen Engpasslagen, von denen in besonders angespannten Szenarien die Rede war, betreffen nach dem, was ich weiß, nicht spezifisch die Berliner Übertragungsnetzbereiche oder die in Ostdeutschland, also die Regelzone der 50Hertz Transmission GmbH. Was insbesondere für die Stromnetze vor Ort, für die Verteilnetze, eine Herausforderung sein kann, wäre, wenn es zu einer Gasmangellage kommt, denn dann kann damit gerechnet werden, dass zu einem gewissen Anteil die Wärmezeugung, die normalerweise über Gas und dann auch über Fernwärme erfolgt, durch Strom kompensiert wird. Das ist in der Tat ein Szenario, das sehr ernst genommen wird, wo aber im Moment auch nicht absehbar ist, dass es zu einem längerfristigen und flächendeckenden Ausfall kommen könnte. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu solchen Ausweichbewegungen kommt, hängt einmal von der Lage in der Gasversorgung ab. Da stehen wir im Moment besser da, als es noch im Sommer erwartet worden ist. Wir haben sehr volle und gut gefüllte Speicher. Die langfristigen Prognosen gehen sehr vorsichtig von einem jedenfalls nicht sehr kalten Winter aus, sodass die Verbräuche nicht so hoch werden. Auch in den Stromnetzen sieht man durchaus rückläufige Verbräuche von 5 Prozent beziehungsweise zuletzt 8 Prozent im Berliner Stromnetz.

Es ist so, dass es bei solchen Mangellagen, wie denen, von denen man da redet, nicht unmittelbar zu einem längerfristigen und flächendeckenden Ausfall kommt, weil es nämlich vorher diverse Maßnahmen gibt, die die Netzbetreiber ergreifen können. Das sind einmal netzinterne Maßnahmen, auch Aktivierungen von zusätzlichen Reservekapazitäten. Das sind gezielte Lastreduktionen, die auch möglich sind, und in letzter Konsequenz, wovon immer mal wieder die Rede war, diese sogenannten Brownouts oder kurzfristigen gezielten lokalen Abschaltungen. Das sind Maßnahmen, die keineswegs angestrebt sind. Das sind Notfallmaßnahmen, die gerade dazu dienen, einen weiträumigen Ausfall zu vermeiden, und für die Vorbereitungen getroffen worden sind. Sie müssen sich das so vorstellen: Wenn die Hauptgefahr davon ausgeht, dass zusätzliche elektrische Heizgeräte genutzt werden, dann kann es einerseits dazu



kommen, dass Sicherungen in den Hausanschlüssen oder in den Netzstationen auslösen – das sind diese Traföhäuschen im Straßenland, vereinfacht gesagt – oder dass diese Anlagen überhitzen und dann vorsorglich abgeschaltet werden müssen. Das kann eintreten, wenn die recht gut verfügbaren Reserven im Stromnetz irgendwann ausgeschöpft sind. So etwas sind Entwicklungen, die sich über eine gewisse Zeit ankündigen und abzeichnen, auf die man auch kommunikativ reagieren und beispielsweise zur Einsparung anrufen kann.

Die Stromnetz Berlin bereitet sich mit verschiedenen Maßnahmen grundsätzlich und jetzt seit einiger Zeit noch verstärkt vor: Sie hat die Störreserve ausgeweitet, einerseits, was Reparaturmaterial betrifft, Sicherungen, Transformatoren, Kabel, Muffen, also die Verbindungstechnik, wenn Leitungen ausgetauscht werden müssen. Sie hat auch verstärkte Dienstleistungskapazitäten, beispielsweise für den Tiefbau. Wenn etwas vor Ort zu reparieren ist, hält sie entsprechende Kapazitäten vor. Sie überwacht laufend die Anlagen und führt dort auch Wartungsmaßnahmen durch. Es werden gezielt Trafostationen noch mal kontrolliert in Gegenden, wo es potenziell zu einer besonders hohen Auslastung kommen kann. Das hängt jeweils zum Beispiel davon ab, wie in so einem Gebiet geheizt wird, ob so ein Gebiet von Fernwärmeausfällen, wenn es die denn geben sollte, betroffen sein könnte oder von einer Gasversorgungseinschränkung. Es gibt Betriebskonzepte für solche Fälle bei der Stromnetz Berlin, und es gibt eine sehr enge Abstimmung zwischen den Stromnetzbetreibern auf den verschiedenen Ebenen, Stromnetz Berlin als Verteilnetzbetreiberin gemeinsam mit der vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiberin 50Hertz GmbH, die die Regelzone in Ostdeutschland verantwortet. Sie sehen ein breites Maßnahmenbündel, sodass davon ausgegangen wird, dass, selbst wenn es einmal zu lokalen Überlastungen kommt, die nicht um sich greifen und zu einer Störung im gesamten Netz führen würden.

Mit Blick auf das kommende Jahr – der nächste Winter kann ja eventuell auch herausfordernd werden – werden jetzt weitere vorsorgende Maßnahmen von der Stromnetz ergriffen. Da ist zum Beispiel die Nachrüstung von Fernüberwachungstechnik geplant, um die Temperaturentwicklung in den Stationen noch genauer nachhalten und von Ferne verfolgen zu können. Das ist die mittelfristige Perspektive, wenn man das so sagen will.

Dann haben Sie vorhin die Trinkwasserversorgung angesprochen und deren spezifische Ausfallsicherheit. Da kann ich jetzt nicht für die zuständige Umweltverwaltung sprechen, mir ist aber bekannt, dass gerade für den Trinkwasserbereich die Berliner Wasserbetriebe wohl ein sehr gut ausgebautes Notfallkonzept haben, mit dem die Notstromversorgung gerade in dem Bereich gut aufrechterhalten werden kann.

Dann haben Sie noch nach den Kommunikationswegen in der Krise gefragt. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, denn gerade, wenn sich solche Entwicklungen, Engpasslagen im Stromnetz, ankündigen, kann man auch mit Kommunikationsmaßnahmen seitens der Stromnetzbetreiberin und seitens des Senats Einfluss darauf nehmen, Engpässen vorzubeugen. Da geht es um die Öffentlichkeitskommunikation in Lagen, die sichergestellt wird in enger Abstimmung zwischen den betroffenen Einrichtungen. Wir sind bei uns im Haus auch über Satellitentelefon in der Lage, mit den Stromnetzbetreibern und der Bundesnetzagentur zu kommunizieren, und es besteht die Möglichkeit, auf ausfallsicheren Funk zurückzugreifen, um in Stromausfalllagen mit der Stromnetzbetreiberin zu kommunizieren. – So viel vielleicht im ersten Zugriff von meiner Seite.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen herzlichen Dank! – Für eine kurze Ergänzung Herr Zuch, bitte!

**Klaus Zuch** (SenInnDS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Schlösser hat auf das Projekt „Plan#B“ hingewiesen. Ich will nur sagen: Das ist ein Projekt, das in unserem Haus federführend geleistet wird, ein Forschungsprojekt des BMBF, wo wir bis zum Ende des Monats einen entsprechenden Antrag einbringen werden.

Mir ist noch eine Sache eingefallen; Entschuldigung, die habe ich vorhin übersehen: Herr Jotzo fragte, wie wir planen, weitere vulnerable Gruppen einzubinden. – Da gibt es in der Tat ein entsprechendes Projekt. Eine Auftaktsitzung dazu gab es am 19. Oktober mit der Gesundheitsverwaltung und den Playern, die da eine Rolle spielen. Ziel ist hier, diese Daten zu besonders vulnerablen Personen, auch mit Blick auf Psychiatrie und Ähnliches mehr, später dezentral in das Lagebild Berlin einzupflegen, das wir vorhin schon kurz erwähnt hatten, um dann für Polizei und Feuerwehr einen Zugriff zu haben auf Wohnheime, Wohnadressen und Ähnliches von diesen Gruppen. Die Datenschutz- und Finanzierungsfragen sind wir allerdings im Moment noch dabei zu klären.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank! – Gibt es noch Ergänzungen aus den drei Senatsverwaltungen, die hier anwesend sind? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir in die nächste Runde, und es bleibt wieder an mir hängen zu sagen: Wir haben nur noch eine halbe Stunde für die Debatte und Abstimmung der Anträge. – Als Nächster hat für die SPD-Fraktion Herr Schreiber das Wort.

**Tom Schreiber** (SPD): Herzlichen Dank! – Herzlichen Dank auch für die Ausführungen und die Beantwortung der Fragen! Es ist grundsätzlich klar, dass in einer Krise ein Staat funktionieren muss; das ist unter anderem ein Wesensmerkmal. Das haben dieser Staat, die Bundesrepublik und das Land Berlin in der vergangenen Situation gezeigt, die herausfordernd war. Das erst mal grundsätzlich vorangeschoben. Vor allen Dingen ist auch der ressortübergreifende Ansatz sehr deutlich geworden. Einer hat zwar den Hut auf, aber alle müssen mitmachen, von den Landesbehörden bis hin zu den Bezirken. Das ist auch als Botschaft wichtig. Herr Zuch und Frau Senatorin haben es deutlich gemacht: Wir stehen hier nicht bei dem Punkt null, sondern es gibt einen großen Vorlauf, es gibt Erfahrungswissen.

Zur Fragestellung: Wir hatten den Blackout im Bezirk Treptow-Köpenick vorhin schon mal andiskutiert. Vielleicht nur ein, zwei Punkte: Was war für Sie etwas, was Sie daraus mitgenommen haben, was man vielleicht vorher in der Situation nicht so gesehen hat? – Herr Staatssekretär Akmann hat ja in einer Sitzung im September gesagt, dass daraus viele Punkte gezogen wurden.

Das andere: Die Einrichtung der Katastrophenschutzzentren haben wir im Koalitionsvertrag drin. Die Idee einer obersten Behörde steht auch im Raum. Ich weiß nicht, ob Sie dazu noch etwas sagen können.

Ein letzter Punkt als Frage: Herr Zuch hat das Thema Sabotage angesprochen. Inwieweit hat das einen besonderen Blick von Ihnen insgesamt, um das zu betrachten?

Eine kleine Anregung noch am Ende: Auch die Berliner Polizei hat etliches auf den Weg gebracht. Das wurde gerade schon genannt. Ich will nur an das QIT-Team erinnern. Ich hatte die Chance, das mal zu sehen. Das wäre auch eine Möglichkeit für den Innenausschuss zu sehen, was man aus dem Terroranschlag am Breitscheidplatz noch gelernt hat.

Zum Thema Haushalt: Frau Senatorin, es wäre es gut, wenn Sie uns mal eine Rechnung auf den Tisch legen, was das alles kostet, was Sie hier vorschlagen!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Schreiber! – Für die CDU-Fraktion Herr Herrmann!

**Alexander Herrmann (CDU):** Vielen Dank! – Mit dem Blick auf die Uhr nur ganz kurz: Ich glaube, die Erwartungshaltung, die Kollege Schreiber eben formuliert hat, eint uns hier. Die Antworten zeigen, dass wir auf dem Weg sind, sie zeigen aber auch – Sie haben es eben so schön gesagt – das Behörden-Ping-Pong. Es wird gespielt. Es gibt ganz viele Akteure, und dass es koordiniert wird und aus einem Guss ist, nehme ich noch nicht wahr. Ich glaube, das muss ganz dringend so optimiert werden, dass es funktioniert.

Eine erste Nachfrage zur fachlichen Qualifikation der Arbeitsgruppe, die Herr Zuch eben genannt hat. Wie sind die Kolleginnen und Kollegen in der Innenverwaltung fachlich qualifiziert? – Dann noch ein bisschen weiter ausgeholt zu den Projekten „Plan#B“ und Lagebild Berlin: Wie viele Projektstellen gibt es dort, die diese wichtigen Themen bearbeiten sollen?

Dann noch ein ganz kurzer Hinweis zu der Aussage, Kollege Penn mag es mir nachsehen, dass der Vorfall in Köpenick – 71 Stunden Stromausfall mit 31 500 betroffenen Haushalten und 2 000 Gewerbeeinheiten – gezeigt hat, dass die Bevölkerung ruhig bleibt. Mit Verlaub: Ich glaube, wenn es berlinweit einen 71 Stunden oder länger dauernden Blackout geben würde, reden wir nicht mehr über beschauliche Köpenicker Zustände, sondern dann reden wir über Schwierigkeiten. Und Köpenick, aber auch die nachfolgende Entwicklung – wir reden über Sabotage und so weiter, Versorgungssicherheit – zeigen, dass das ein durchaus realistisches Szenario ist.

Da würde ich mir schon wünschen, dass man sich hier ehrlich macht und sagt: Auch das haben wir drauf. – und nicht nur sagt: Das ist in Köpenick gutgegangen, das wird schon wieder gutgehen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Herr Herrmann! – Bevor Frau Klein für Die Linke dran ist: Es sind außer Frau Klein noch zwei weitere Personen auf der Redeliste. Wenn Ihnen noch weitere Fragen einfallen, dann bitte jetzt, damit die Senatsverwaltung auch die Antworten liefern kann. – Frau Klein, Sie haben das Wort!

**Hendrikje Klein (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Nun haben wir ganz gut erfahren, wie es abläuft, wenn es einen Blackout geben sollte, mit den Notstromaggregaten und so weiter. Mich haben, es ist noch nicht lange her, Anrufe aus Personalvertretungen erreicht. Die fragen sich, ob alle Mitarbeiterinnen in allen Senatsverwaltungen und Bezirken wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, wenn es zu so einem teilweisen Blackout kommt – in beide Richtungen, erstens wenn sie selber mit ihrer Wohnung betroffen sind und zweitens wenn die Dienststelle betroffen ist. Ich habe mit SenFin kurz gesprochen, und da hieß es, das ist Aufgabe jeder Senatsverwaltung selber, so einen Plan zu haben. Aber die Mitarbeiterinnen sollten, glaube ich, jetzt schon in Kenntnis gesetzt werden über das Intranet und so weiter, was dann zu tun ist und was nicht, damit man, wenn es so weit ist, nicht erst mal noch zwei Wochen sucht, bis man das aus der Schublade ziehen kann, was man da schon mal vereinbart hatte. Vielleicht können Sie dazu noch mal was sagen.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank, Frau Klein! – Für die AfD-Fraktion Herr Woldeit.

**Karsten Woldeit (AfD):** Vielen Dank! – Vielen Dank auch für die Ausführungen! Ich habe Nachfragen zu den Ausführungen von Herrn Paßmann. Sie sagten, dass ein längerfristiger und großflächiger Blackout als sehr unwahrscheinlich, das Risiko als sehr gering gilt. Können Sie das vielleicht ein bisschen an Zahlen festmachen? Wie könnte man eventuell die Wahrscheinlichkeit prognostizieren? Ist „sehr gering“ unter 1 Prozent, 5 Prozent, 10 Prozent?

Dann sagten Sie, dass aber durchaus sehr ernst genommen werde, dass man kurzfristige lokale Abschaltungen vornehmen müsse bei temporären Überlastungen. Gibt es dort eine Art Vorlaufzeit, sodass die betroffenen Haushalte im Vorfeld wissen, dann und dann könnte eine lokale Abschaltung kommen, damit sich für den Fall der Fälle die Bürger entsprechend vorbereiten können? Oder muss das ganz autonom und unmittelbar erfolgen, weil eine Netzüberlastung nicht vorhersehbar ist? – Das würde mich noch interessieren.

Auch ein in der Tat wichtiger Punkt, den die Kollegen Schreiber und Herrmann angesprochen haben, ist Sabotage. Wir haben am Wochenende gesehen, wie einfach es anscheinend fällt, kritische Infrastruktur zu überfallen. Wir haben gesehen, dass am Flughafen BER Extremisten mit vermeintlich einfachsten Mitteln auf das Gelände kamen. Das hat mich als jemanden, der selber mal in der Flugsicherheit gearbeitet hat, erschreckt. Wie sieht es aus im Rahmen der Sabotageabwehr, im Rahmen der Vorbereitung dessen und zum Schutz der kritischen Infrastruktur, gerade im Rahmen der Energieversorgung? – Vielen Dank!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank! – Herr Jotzo für die FDP-Fraktion.

**Björn Matthias Jotzo (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch Dank an die Senatsverwaltung für die Beantwortung! Ich glaube, es ist eines deutlich geworden: Wir sind in vielen Bereichen zu langsam, und die Zusammenarbeit mit den Bezirken läuft in vielen Bereichen einfach nicht. Wenn ich höre, dass wir die letzte Zivilschutzübung 2019 ohne die Bezirke durchgeführt haben – ja, das kann man natürlich machen, ist aber nicht optimal. Ich glaube, an der Stelle muss ein Umdenken einsetzen. Berlin ist ein Ganzes, und wir müssen dafür sorgen, dass Senat und Bezirke da Hand in Hand agieren und wir von den Besten lernen. Wir haben es angesprochen: Es gibt einige Bezirke, die sehr gut sind, Spandau und Lichtenberg fallen mir ein. Wir müssen einfach dafür sorgen, dass die anderen Bezirke auch die Chance haben und die Möglichkeit bekommen, von diesen Vorsprüngen zu profitieren. Wettbewerb ist etwas Schönes, wenn man sich nicht am untersten Niveau orientiert, was in Berlin leider allzu oft passiert. Generell gibt es Handlungsbedarf. Das ist hier klargeworden, und ich hoffe, Frau Senatorin, dass Sie den Rest Ihrer Amtszeit noch nutzen, um diesem Handlungsbedarf gerecht zu werden.

**Senatorin Iris Spranger (SenInnDS):** Ich habe vor, noch lange hier zu sitzen! – [Heiterkeit] – Das war jetzt eine persönliche Einschätzung.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Gut. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Ausschuss vor. – Zur Beantwortung der Fragen Frau Senatorin, bitte!

**Senatorin Iris Spranger (SenInnDS):** Eine Frage habe ich Herrn Jotzo schon beantwortet. – Herr Jotzo, ich nehme das mit den Bezirken mal mit. Sie haben ja recht, wir haben zwei Bezirke, die sehr weit sind in der entsprechenden Auswertung und alles sehr ordentlich machen. Das habe ich mir auch angeguckt. Ich werde das Thema in den Rat der Bürgermeister einbringen, damit man vielleicht auch da mal aus den Erfahrungen schöpft, denn ich kann nicht jedem Bezirk vorschreiben, wie er seine eigenen Aufgaben zu leisten hat. Das tut mir leid. Ich kann nur immer anmahnen, kann sagen: Bitte, machen Sie es! – Aber ich kann das gerne als Vorschlag, als Thema in den Rat der Bürgermeister reingeben, und dann werden wir uns damit beschäftigen.

Ich habe vorhin schon gesagt: Ich übernehme sehr viel Verantwortung, aber für alles im Land Berlin kann ich nicht die Verantwortung übernehmen. Bei mir wird koordiniert, wir stehen in ständigen Verbindungen, wir leisten das, was einzelne Verwaltungen als Erfahrungen von uns brauchen. Sie haben von der Polizei und der Feuerwehr gehört, wir haben da viel Erfahrung, die wir einbringen und auch den anderen Verwaltungen über die Krisenstäbe selbstverständlich zur Verfügung stellen, denn die Innenverwaltung ist nun mal die Verwaltung, die da am erfahrensten ist, das muss man einfach sagen, auch mit der Logistik. Das haben Sie gemerkt, als wir über Polizei und Feuerwehr die gesamte Logistik zur Registrierung der Geflüchteten aufgebaut haben. Diese gesamte Logistik ist ja von uns gekommen. Das konnte nicht die Senatsverwaltung von Frau Kipping leisten, da haben wir Amtshilfe geleistet, weil wir einfach für solche Fälle am meisten und am besten ausgebildet sind und da natürlich auch entsprechende Vorarbeit gemacht haben. Es war ja auch meine Aufgabe, da Frau Kipping unter die Arme zu greifen, und das habe ich selbstverständlich mit der Logistik von Feuerwehr, Polizei und Einsatzkräften gemacht. Das haben Sie gemerkt, das waren alles meine Leute, aber jede Verwaltung hat die Aufgaben, die sie übertragen bekommen hat, natürlich auch zu leisten. Sie merken es an der Bildungsverwaltung, Sie merken es an der Wirtschaftsverwaltung. Dort wird sehr klar gearbeitet und definiert, welche Aufgaben jedes Ressort inhaltlich zu besetzen hat.

Was die Sabotage angeht: Natürlich scannen wir jede Situation, das können Sie sich vorstellen. Ich bin ganz froh, dass wir immer noch ein unabhängiges Landesnetz haben; das haben andere schon gar nicht mehr. Wir sind noch unabhängig, und das finde ich auch richtig. Herr Zuch wird dazu noch mal was sagen. Herr Herrmann hat gesagt: fachliche Qualifikation aus einem Guss. – Sie können davon ausgehen, dass in meinen zwei Referaten – Herr Zuch ist ja mein Abteilungsleiter, der das schon viele Jahre betreut – selbstverständlich die fachliche Kommunikation der Mitarbeiter gegeben ist. Ich stehe nicht nur mit dem Abteilungsleiter, sondern natürlich auch mit den Referaten – auch in Vorbereitung der heutigen Sitzung – und mit der Lagezentrale in ständiger Verbindung. Die sitzen bei mir am Tisch, und wir besprechen natürlich auch: Wie ist die Situation in den Bezirken, wie ist die Situation in anderen Verwaltungen? – Wir haben, das kann ja dann Herr Paßmann von der Wirtschaftsverwaltung noch mal sagen, einen ständigen Besprechungspunkt im Senat zu solchen Blackouts: Wie gehen wir mit entsprechenden Situationen um? – Das heißt, der Wirtschaftssenator und vorher in der Staatssekretärsrunde selbstverständlich auch die Staatssekretäre stehen in ständigem Austausch dazu, und im Senat wird dazu auch klar diskutiert.

Noch mal zu Köpenick: In Köpenick war es ein Bauunfall. Das war weder Sabotage noch irgendwas anderes, um das noch mal ganz deutlich zu sagen. Es war ein Bauunfall. Da hat jemand gekappt, und dadurch ist das passiert. Also von daher: Wir werden, auch wenn in der Stadt viel gebaut wird, hoffentlich so etwas nicht noch mal haben. Auch darauf sind die Bauunternehmen hingewiesen worden. Auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat sich dieser Sache angenommen. Insofern ist das in Ordnung.

Frau Klein, Sie haben recht, die Personalvertretungen müssen das natürlich anmahnen, das kann ich auch verstehen. Ich kann für mein Haus sagen, dass bei mir die ZS-Abteilung dafür zuständig ist und selbstverständlich alle Kolleginnen und Kollegen darüber informiert, aber das muss bitte jede Verwaltung für sich machen. Herr Dessin hat es vorhin schon für Polizei und Feuerwehr gesagt, da sind alle Kolleginnen und Kollegen entsprechend eingebunden. Bei mir sind alle Kolleginnen und Kollegen eingebunden. Ich kann gerne dem Finanzsenator noch mal einen Hinweis geben, denn der ist ja für das gesamte Personal im Land Berlin zuständig, dass auch er noch mal auf die Verwaltungen einwirkt, dass die ZS-Abteilung das für diese Fälle noch mal in die Häuser gibt.

Herr Schreiber hat nach den Finanzen gefragt. – [Tom Schreiber (SPD): Die Rechnung wollte ich!] – Ich kann Ihnen heute nicht die Rechnung komplett vorlegen, aber wir werden selbstverständlich so eine Rechnung aufmachen. Das ist ein wichtiger Hinweis, Sie haben völlig recht, denn wir müssen natürlich die Bezirke unterstützen. Ich habe ja gesagt, für die Wahlwiederholung werden 180 neue Personen über den Landshaushalt von uns zur Verfügung gestellt. Ich bin mit dem Finanzsenator völlig einig, dass wir für diesen Zeitraum von Dezember bis März auch über Personalagenturen Personal in die Bezirke geben, weil sie es nicht alleine schaffen.

Sie wissen, ich bin seit 1999 in diesem Landesparlament: Wir übertragen den Bezirken immer sehr gerne zusätzliche Aufgaben, aber dann müssen auch wir als Haushaltsgesetzgeber – oder Sie, Entschuldigung!, obwohl ich auch noch Abgeordnete bin –, als Hohes Haus dafür Sorge tragen, dass die Bezirke das Personal bekommen, um ihre Aufgaben ordentlich wahrzunehmen, und dazu gehört auch alles, was den Katastrophenschutz angeht. Wenn das Personal in den Bezirken zu wenig ist, melden wir das gern an, deshalb auch noch mal die Diskussion im

Rat der Bürgermeister, aber das Hohe Haus muss mit der Aufstellung des neuen Doppelhaushalts bitte auch solche Sachen beachten. Ich bin gerne bereit, dem Innenausschuss dazu einzelne Vorschläge zu unterbreiten, aber die Entscheidung, wie Sie die Finanzen reingeben, trifft dann natürlich das Hohe Haus mit dem Haushalt 2024/2025.

Herr Zuch und Herr Dessin haben es gesagt: Wir werden natürlich Anmeldungen für neue Fahrzeuge nicht nur beim Bund, sondern auch im Landeshaushalt machen. Seitdem ich im Amt bin – ich bin knapp ein Jahr im Amt –, haben wir ja schon mit dem neuen Doppelhaushalt zusätzliches Geld für entsprechende Autos bekommen, aber wir brauchen natürlich noch wesentlich mehr Geld, um Polizei und Feuerwehr besser auszustatten. – Das jetzt erst mal von mir. Dann gab es einige Fragen, die mit Sicherheit von der Wirtschaftsverwaltung beantwortet werden sollten. Danke schön!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Dann Herr Zuch, bitte, führen Sie zuerst aus!

**Klaus Zuch** (SenInnDS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In Ergänzung dessen, was meine Senatorin gerade gesagt hat: Herr Schreiber, Sie haben gefragt: Was haben wir eigentlich seit damals gelernt seitens der Innenverwaltung? – Wir hatten gemeinsam mit der Berliner Feuerwehr beziehungsweise unter deren Leitung einen Tagesworkshop zur Auswertung des Falls in Köpenick, wo alle beteiligten Akteure zusammengekommen sind und herausgearbeitet haben, dass man die Zusammenarbeit stärken muss – das ist jetzt auch schon wieder etwas länger her – und dass die Führungsstrukturen in einem solchen Fall gestärkt werden müssen. Das haben wir unmittelbar umgesetzt, auch mit dem neuen Katastrophenschutzgesetz. Auch der Wunsch, der immer wieder kommt, schnell über derartige Lagen informiert zu werden, hat seinen Niederschlag im Lagebild Berlin gefunden.

Herr Herrmann hatte nach Projektstellen gefragt. Wie sieht es aus bei diesen beiden Projekten, die angesprochen worden sind, einmal Lagebild? – Ein Mitarbeiter aus meinem Referat III A macht das im Moment in der Projektphase gemeinsam mit der Berliner Feuerwehr. Dieses andere angesprochene Projekt „Plan#B“, wo wir jetzt den Antrag einreichen werden, machen im Moment zwei Mitarbeitende, einmal der Sicherheitsforschungsreferent mit einem zugeordneten Trainee und eine Dienstkraft, die zeitweise aus dem Bereich Katastrophenschutz zuarbeitet. Wenn es also in die nächste Phase gehen sollte und wir diesen Zuschlag bekommen – das ist ein Volumen, das deutlich über 1 Million Euro liegen wird –, dann werden wir dort neben einem Projektbüro, das einzurichten wäre, auch über Drittmittel eine entsprechende Finanzierung bekommen.

Zum Sabotageschutz hat meine Senatorin schon etwas gesagt. Sie erinnern sich alle an die Fälle, die wir hatten, wo es wirklich erhebliche Störungen auch in Netzen gegeben hat, seinerzeit die Baustelle der Bahn am Ostkreuz, ist schon ein paar Jahre her, aber die war symptomatisch. Da gab es ja einen Brandanschlag, der dafür gesorgt hat, dass verschiedene Kabel, auch der Mobilfunkbetreiber, tagelang außer Kraft gesetzt worden sind, weil man einfach die Kabel an so einer Baustelle außen rumgeführt hat. Ich glaube, das würde heute keiner mehr tun, sondern das entsprechend absichern. – Danke schön!

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Vielen Dank! – Für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe haben Sie, Herr Paßmann, das Wort.

**Jörn-Thorsten Paßmann** (SenWiEnBe) [zugeschaltet]: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herrn Abgeordnete! Zu den Fragen, die unser Haus betreffen: Da war zuerst nach der Bezifferung des Ausfallrisikos gefragt worden. Da kann ich Ihnen leider keine Zahlen nennen. Das ist bei solchen etwas singulären Ereignissen immer etwas schwer abzuschätzen. Einen flächendeckenden und länger dauernden Stromausfall hat es so in Berlin und in Deutschland ja noch nicht gegeben – ich rede jetzt über etwas, das weiter geht als das Ereignis in Köpenick, über das wir gerade schon gesprochen haben. Da kann ich Ihnen also eine genaue Zahl nicht nennen.

Dann war nach der Vorlaufzeit für eine lokale Abschaltung gefragt worden und danach, ob die vorhersehbar ist. Es ist natürlich so, dass Stromnetz Berlin seine Netze laufend monitort und da bestimmte Entwicklungen, wenn die sich ergeben, dann auch feststellen wird. Sie können davon ausgehen, dass, sobald sich da etwas abzeichnet, auch die Kommunikation gesucht wird, und zwar nicht nur mit dem Ziel, die Bevölkerung vorzuwarnen, dass da etwas passiert, sondern eigentlich mit dem Ziel, das zu vermeiden; denn in den Fällen, über die wir jetzt reden, kann man natürlich durch Nutzerverhalten auch viel steuern und dem Schlimmsten vorbeugen. Wie genau die Vorlaufzeiten sind, lässt sich aber so pauschal nicht sagen, denn das hängt sehr stark davon ab, wie sich der Leistungsbedarf entwickelt, wie kalt die Außentemperaturen sind, in welchem Umfang die Menschen vielleicht tatsächlich zu anderen Heizgeräten greifen würden. Derzeit gehen wir aber davon aus, dass so was nicht von einem Moment auf den anderen passiert, sodass da eben auch noch kommuniziert werden kann.

Dann hat Frau Senatorin Spranger gerade noch den Punkt Abstimmung im Senat und mit den Bezirken angesprochen. Da kann ich für den Bereich des Krisenstabs Energie sagen: Dieser Krisenstab ist ja in der Senatsverwaltung eingerichtet worden, und wir beziehen alle Senatsressorts, alle Bezirksverwaltungen und die Energie-KRITIS-Betreiber über den erweiterten Krisenstab mit ein. Da gibt es also regelmäßige Treffen, in denen entsprechende Vertreter zusammensitzen und sich dazu austauschen: Wie ist die Lage? Was ist zu berücksichtigen? Was muss man in den einzelnen Sektoren tun? –, sodass da auch Kommunikationsstrukturen gegeben sind, falls sich Lageentwicklungen ergeben, und abgestimmte Wege für die Weitergabe von Informationen bestehen. Insofern können wir auch für den Bereich sagen, dass da sehr an einer gemeinsamen Abstimmung im Land gearbeitet wird und das auch auf einem sehr guten Weg ist aus meiner Sicht. – Das waren jetzt, glaube ich, die Fragen, die an mich gerichtet waren.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Auch Ihnen vielen herzlichen Dank! – Ich meine, alle Fragen wären weitestgehend beantwortet. Mir liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor, deshalb kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. – Herr Jotzo, bitte!

**Björn Matthias Jotzo** (FDP): Eine Bitte zum Verfahren: Weil es ja doch wichtig ist, hätte ich gern, dass auch im Fall der Ablehnung nach Möglichkeit unsere Anträge zum Katastrophenschutz mit dringlicher Beschlussempfehlung ins Plenum gehen.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Darüber müssen wir abstimmen; beantragen Sie das bitte bei den einzelnen Anträgen. Vielen Dank! – Jetzt kommen wir zu Punkt 3 a. Wünschen Sie eine Vertagung, oder wollen wir das heute abschließen? – Herr Woldeit!



**Karsten Woldeit (AfD):** Wir haben ja ein Wortprotokoll beantragt. Das heißt, die müssten ohnehin bis zur Erstellung des Wortprotokolls alle vertagt werden.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Sie müssen nicht, sie können, deshalb auch die Frage. Sie wünschen also die Vertagung, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Abstimmung zu 3 b, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 10/0328. Herr Jotzo hat Dringlichkeit beantragt. Wer stimmt der Dringlichkeit zu? – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Koalition. Wer enthält sich? – Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/0328: „Laufender Bevölkerungsschutzbericht des Landes Berlin“. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind FDP-Fraktion, CDU-Fraktion und AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit entfällt die Frage nach Enthaltungen, und der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 3 c, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/0348. Wollen Sie die Dringlichkeit beantragen? – Wollen Sie nicht.

**Björn Matthias Jotzo (FDP):** Da sind wir nicht federführend, wir haben ihn sowieso in Bild-JugFam.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Also keine Dringlichkeit. Dann stimmen wir über den Antrag der FDP-Fraktion ab, Drucksache 19/0348: „Wissen ist Schutz, Erste-Hilfe- und Katastrophenschutz-Schulungen in die Schulen“. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Damit entfällt die Frage nach Enthaltungen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über 3 d, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 19/0405: „Katastrophenschutz-Leuchttürme (Kat-L) auf Katastrophenfall vorbereiten“. – Herr Jotzo!

**Björn Matthias Jotzo (FDP):** Auch da würde ich um dringliche Weitergabe bitten.

**Vorsitzende Gollaleh Ahmadi:** Die FDP-Fraktion hat Dringlichkeit beantragt. Wir stimmen über die Dringlichkeit ab. Wer stimmt der Dringlichkeit zu? – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Enthaltungen? – Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Antrag „Katastrophenschutz-Leuchttürme (Kat-L) auf Katastrophenfall vorbereiten“ ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Die Frage nach Enthaltungen entfällt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 3 e: Die Besprechung wird vertagt, haben Sie beantragt.

Wir kommen zu Punkt 3 f: Der Besprechungspunkt wird ebenfalls vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis  
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/0514  
**Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits-  
und Ordnungsgesetzes und weiterer Vorschriften**

[0051](#)  
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 19/0476  
**Ein zukunftsfähiges Sanierungskonzept für die  
Polizeiabschnitte und Feuerwachen**

[0053](#)  
InnSichO  
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache 19/0261  
**Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Kooperation  
mit Islamisten beenden, Koranschulen kontrollieren  
und radikale Moscheevereine verbieten**

[0034](#)  
InnSichO

Vertagt.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.

\* \* \* \* \*